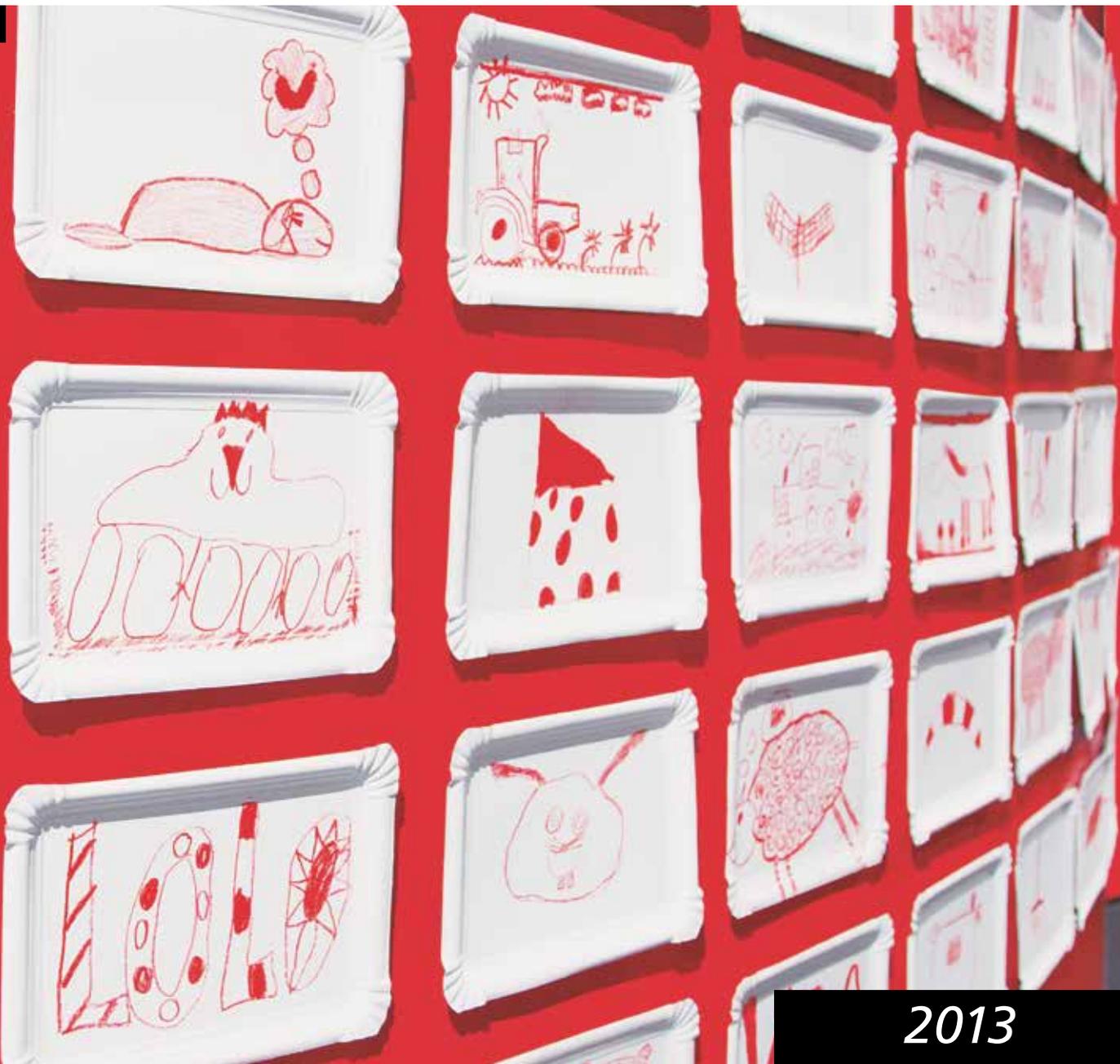


Geschäftsbericht 2013



Inhalt

I	Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III	Finanzieller Überblick	21
1.	Ratsstatistik und Allgemeines	4	1.	Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2.	Besondere Parlamentsrechte	5	1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2013	23
3.	Ratsleitung	5	1.1.1	Erfolgsrechnung	23
			1.1.2	Investitionsrechnung	24
II	Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2012 und Rechnung 2013	24
1.	Allgemeines	8	1.2.1	Erfolgsrechnung	24
2.	Regierungsgeschäfte	8	1.2.2	Investitionsrechnung	25
3.	Anlässe/Aussprachen	13	1.3	Finanzkennzahlen 2009 – 2013	26
4.	Information der Öffentlichkeit	14	1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
5.	Nordwestschweizer Regierungskonferenz	15	1.4.1	Erfolgsrechnung	30
6.	Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	16	1.4.2	Investitionsrechnung	35
7.	Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	16	1.5	Globalbudgets	38
8.	Politische Rechte	17	1.6	Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen	39
			2.	Rahmenbedingungen	40
			3.	Die grössten Aufwandpositionen	42
			3.1	Besoldungskosten	42
			3.1.1	Pensenübersicht	44
			3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	46
			3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	46
			3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	47
			3.3.1	Nettoverschuldung	47
			3.3.2	Nettozinsaufwand	48
			3.4	Abschreibungen	48
			3.4.1	Verwaltungsvermögen	48
			3.4.2	Finanzvermögen	49
			3.5	Strassenbaufonds	50
			3.6	Gesundheitskosten	51
			3.7	Soziale Sicherheit	52
			4.	Die grössten Ertragspositionen	56
			4.1	Bundesanteile	56
			4.2	Staatssteuerertrag	57
			4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	58
			4.3	Nebensteuern	59
			IV	Bericht der Revisionsstelle	61

Editorial



Der Kanton Solothurn hat im Jahr 2013 zum zweiten Mal hintereinander mit einem negativen Rechnungsergebnis abgeschlossen. Das ist keine Überraschung. Bereinigt um die Sondereffekte der Abwertung der Alpiq-Aktien und der Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse fällt das operative Ergebnis zwar nach wie vor schlecht, aber besser aus als angenommen. Dazu haben nicht nur eine hohe Ausgabendisziplin, sondern auch die Einnahmenseite beigetragen. Das zeugt einerseits davon, dass innerhalb der Verwaltung ein haushälterischer Umgang, allen Unkenrufen von aussen zum Trotz, selbstverständlich ist. Andererseits ist es auch ein Zeichen, dass das wirtschaftliche Umfeld spürbar besser geworden und die Talsohle der Finanzkrise durchschritten ist. Platz für Zuversicht ist da, nicht angebracht wäre aber Euphorie. Es ist weiterhin eine hohe Ausgabendisziplin angesagt, damit das Ziel, ein ausgeglichener Haushalt, baldmöglichst erreicht werden kann. Aus diesem Grund hat die Regierung im Legislaturplan nur dieses eine Handlungsziel mit Priorität 1 versehen.

Wenn Sie die Staatsrechnung in den Händen halten werden, wird das Kantonsparlament bereits über den Massnahmenplan 2014 befunden haben. Eine Zustimmung zu den von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen wird den Finanzhaushalt bis ins Jahr 2017 wieder ins Lot bringen. Das Eigenkapital, das wir in guten Zeiten zurückgelegt haben, wird nur bis ins Jahr 2017 ausreichend sein, um rote Zahlen in der Staatsrechnung auffangen zu können. Damit der Tanker Kanton Solothurn nicht Schlagseite erhält und sein Auftrag, die Erfüllung des Gemeinwohls, weiterhin im Zentrum steht, wird ein weises Kantonsparlament die Opfersymmetrie im Auge behalten und sowohl ausgaben- wie auch einnahmensseitige Massnahmen beschliessen.

Parallel dazu muss es unser Ziel sein, an gewichtigen Standortfaktoren weiter zu arbeiten. Der Kanton soll sich trotzdem weiterentwickeln können. Dabei ist langfristiges Denken angesagt. Krisen ermöglichen oft erst Veränderungen. Die Veränderungsprozesse sollen dazu genutzt werden, die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn aufzunehmen, alte Zöpfe mit gebührender Ehrerbietung und mit der notwendigen Umsicht abzuschneiden, damit es Platz für notwendiges Neues gibt. Veränderungen können im ersten Moment vielleicht wehtun. Sie sind aber unausweichlich, wenn wir weiterhin für die Menschen in unserem Kanton gute Dienstleistungen erbringen wollen.

Sehen wir die schwierige Situation als Chance für die Zukunft. Führen wir das Schiff durch die unruhige See in den sicheren Hafen, der da heisst: eine ausgeglichene Staatsrechnung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gomm'.

Peter Gomm
Landammann





Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

mir gäh dr
sänf drzue.

mir gäh dr
sänf drzue.

mir gäh dr
sänf drzue.

BLUE DOG

BLUE DOG

mobilezon

IMPOR

Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Susanne Schaffner, SP, Rechtsanwältin und Notarin, Olten, präsiert.

Ratsstatistik	2011	2012	2013
– KR-Sessionen	7	6	7
– Anzahl Sitzungshalbtage	16	19	18
Behandelte KR-Geschäfte	215	205	208
– Sachgeschäfte	48	45	46
– Rechtsetzende Erlasse	12	13	11
– Wahlgeschäfte	23	17	41
– Verordnungsvetos	4	2	-
– Volksinitiativen	2	-	1
– Volksaufträge	3	2	2
– Beschwerden	-	1	-
– Petitionen	-	1	1
– Parlamentarische Initiativen	-	1	-
– Begnadigungen	-	-	1
– Aufträge	45	56	48
– Interpellationen	48	42	45
– Kleine Anfragen	14	11	12
Neu eingereichte Vorstösse	123	105	136
– Volksaufträge	2	3	1
– Planungsbeschlüsse ¹	-	1	35
– Parlamentarische Initiativen	1	-	-
– Aufträge	458	49	41
– Interpellationen	49	41	50
– Kleine Anfragen	13	11	9
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	61	64	59
– Ratsleitung	9	12	9
– Finanzkommission	110	9	11
– Geschäftsprüfungskommission	6	5	6
– Justizkommission	11	9	9
– Bildungs- und Kulturkommission	7	6	8
– Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	9	6	7
– Sozial- und Gesundheitskommission	8	6	5
– Redaktionskommission ²	1	2	2
– Spezialkommission Neubau Bürgerspital Solothurn	-	2	-
– Spezialkommission Revision KRG/GRKR	-	7	2
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen; interkantonale Gremien etc.)	236	245	224

Das Berichtsjahr war ein Wahljahr. Nach den Wahlen war folgende Mutation zu verzeichnen:
Am 27. August Hugo Schumacher, SVP, Luterbach (anstelle von Samuel Marti).

¹ Im November 2013 wurden im Zusammenhang mit dem Legislaturplan 2013–2017 insgesamt 35 Planungsbeschlüsse aus dem Parlament eingereicht.

² Die Redaktionskommission hat 2013 zwei Sitzungen durchgeführt und im Übrigen alle Geschäfte im Zirkulationsverfahren behandelt.



2. Besondere Parlamentsrechte

– Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 24 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen keine wurde das Veto ergriffen. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden keine Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet.

– Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 105 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Im Rahmen der Neukonstituierung des Kantonsrats und seiner Gremien für die Legislaturperiode 2013 – 2017 befasste sich die Ratsleitung mit den Mechanismen der Zuteilung von Sitzen und Präsidien auf die einzelnen Kommissionen. Am 3. April 2013 wurden die am Ende der Legislaturperiode 2009 – 2013 aus dem Kantonsrat ausgeschiedenen Ratsmitglieder in einer kleinen Feier offiziell verabschiedet. Für die neu gewählten Ratsmitglieder wurden verschiedene Einführungsanlässe durchgeführt. Im März 2013 besuchte die Ratsleitung das Büro des Landrates Baselland in Liestal, im November 2013 empfing die Ratsleitung das Büro des Grossen Rats des Kantons Thurgau zu einem Besuch.

Ferner nahm die Ratsleitung zu zwei Aufträgen Stellung, die den Rat in eigener Sache betrafen (Auftrag Silvio Jeker (SVP, Erschwil): Streichung des «Erwerbsausfall- und Auslagenersatzes» für die Mitglieder des Kantonsrats und Auftrag Manfred Küng (SVP, Kriegstetten): Zur Nutzung zeitgemässer Technologie durch Kantonsrat und Kommissionen (IKR)).





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2013 von Frau Landammann Esther Gassler geleitet. 2013 wurden an 40 Sitzungen 2'408 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Das Jahr 2013 wurde geprägt durch die Erneuerungswahlen des Kantonsrates und des Regierungsrates. Bei einer Stimmbeteiligung von 43,3 Prozent (2009: 36,8) kam es bei den Kantonsratswahlen vom 3. März 2013 zu relativ geringen Sitzverschiebungen (7). Die Zusammensetzung des Kantonsrates für die Legislaturperiode 2013 – 2017 präsentiert sich demnach wie folgt: FDP 26 Sitze (-1), CVP 22 (-3), SP 19 (-1), SVP 19 (+1), Grüne 7 (+1), EVP 1, GLP 4 (+2) und BDP 2 (+2). Der Frauenanteil stieg auf 30 Prozent (+4), das Durchschnittsalter der Ratsmitglieder sank von 55 Jahre auf 48 Jahre.

Bedingt durch die Rücktritte der Regierungsräte Klaus Fischer (seit 2005 im Amt), Walter Straumann (1997) und Christian Wanner (1995) galt es bei den Regierungsratswahlen gleich drei vakante Sitze neu zu besetzen. Im ersten Wahlgang gelang den beiden bisherigen Regierungsmitgliedern Esther Gassler (FDP/Die Liberalen) und Peter Gomm (SP) die Wiederwahl auf Anhieb, für die drei Vakanzten kam es am 14. April nicht unerwartet zu einem zweiten Wahlgang. Gewählt wurden schliesslich Dr. Remo Ankli (FDP/Die Liberalen, Beinwil), Roland Fürst (CVP, Gunzgen) und Roland Heim (CVP, Solothurn), womit die parteipolitische Zusammensetzung des Regierungsrates unverändert blieb. Der Amtsantritt der neuen Regierungsräte erfolgte am 1. August 2013; das Finanzdepartement übernahm Roland Heim, das Bau- und Justizdepartement Roland Fürst und Dr. Remo Ankli das Departement für Bildung und Kultur.

Erstmals seit 2002 schloss der Kanton Solothurn 2012 seine Rechnung wieder mit einem Defizit ab. Zum ersten Mal wurde übrigens das neue «Harmonisierte Rechnungsmodell» HRM2 angewendet. Der operative Aufwandüberschuss betrug rund 111 Mio. Franken, Nettoinvestitionen wurden im Umfang von 123 Mio. Franken getätigt. Rückläufige Steuereinnahmen, Mindererträge bei der SNB-Gewinnausschüttung und die Pflegekostenfinanzierung führten primär zur Verschlechterung des Ergebnisses sowohl gegenüber den Vorjahresergebnissen als auch des Budgets 2012.

Der im Frühjahr dem Kantonsrat unterbreitete Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2014 – 2017 geht deshalb von einem strukturellen Defizit von jährlich rund 150 Mio. Franken aus. Dies veranlasste den Regierungsrat, im Oktober einen weiteren Massnahmenplan zur Bekämpfung des strukturellen Defizites im Umfang von 155 Mio. Franken vorzulegen, damit bis zum Jahre 2017 der Staatshaushalt wiederum ausgeglichen werden kann. Der Bericht und die einzelnen Massnahmen des «Massnahmenplans 2014» wurden an drei Sitzungen an einem «Runden Tisch» mit den betroffenen Kreisen sowie den Fraktionen diskutiert. Massnahmen im Kompetenzbereich des Regierungsrates, die an den «Runden Tischen» weitgehendst unbestritten blieben, wurden sofort umgesetzt. Über die Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates wird das Parlament im ersten Quartal 2014 entscheiden.



Mit dem Beginn der Legislaturperiode 2013 – 2017 stellte der Regierungsrat seine im Legislaturplan zusammengefassten politischen Absichten, Ziele und Massnahmen vor. Im Planungsprozess hat sich der Regierungsrat am bestehenden Leitbild für den Kanton Solothurn und an der Strategie «Nachhaltige Entwicklung» mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft orientiert. Den im Legislaturplan aufgeführten strategischen Zielen wurden deshalb drei Leitsätze zugeordnet: Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn stärken; natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig schützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren. Der Legislaturplan 2013 – 2017 ist stark von den finanziellen Rahmenbedingungen geprägt, weshalb als einzige Massnahme die Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes 1. Priorität genießt. Soweit möglich wurden die Zielsetzungen des Legislaturplans mit dem Massnahmenplan 2014 abgestimmt. Der Handlungsspielraum für künftige Vorhaben und Investitionen ist dementsprechend äusserst gering.

2013 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat folgende Gesetzgebungsprojekte zur Beratung vor:

- Änderung des Gebührentarifs
- Geoinformationsgesetz
- Änderung der Verordnung über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge, Fahrräder und Schiffe
- Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und weiterer Erlasse (im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung durch die Polizei Kanton Solothurn)
- Änderung des Staatspersonalgesetzes / Anpassung der Krankentaggeldversicherungs-Leistung
- Änderung des Waldgesetzes
- Gesetz über den Justizvollzug
- Änderung des Gesundheitsgesetzes
- Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung
- Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage
- Wirtschafts- und Arbeitsgesetz

Im Berichtsjahr konnten zwei grosse Bauvorhaben abgeschlossen und ein grosses Infrastrukturwerk der Realisierung einen Schritt näher gebracht werden.

Nach rund fünfjähriger Bauzeit konnte am 24. April das Gesamtverkehrsprojekt «Entlastung Region Olten (ERO)», das bisher grösste Kantonsstrassen-Bauprojekt (Kostenvorschlag: 317,2 Mio. Franken, Länge 4,27 km), ein halbes Jahr vor dem vorgesehenen Termin dem Verkehr übergeben werden. Endgültig wird das Bauwerk nach weiteren Fertigstellungsarbeiten, Umgestaltungsmassnahmen sowie ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen im Jahre 2016 abgeschlossen sein.

Ende Juni wurde in Olten mit dem neuen FHNW-Campus ein Bildungsbau eröffnet, der architektonisch und ökologisch neue Massstäbe setzt. Der zentral gelegene Neubau am Bahnhof bietet 3'000 Studierenden und 400 Mitarbeitenden eine moderne Infrastruktur und ist mit seiner öffentlichen Bibliothek, dem Gastrobereich und den grosszügigen Räumlichkeiten Begegnungsort sowie Dreh- und Angelpunkt des studentischen Lebens. Das neue Gebäude ist bislang das grösste Hochbau-Vorhaben im Kanton Solothurn, das im Minergie-P-Eco-Standard erbaut worden ist. So ist unter anderem auf dem Dach eine Photovoltaik-Anlage mit einer Nutzfläche von 1'000 m² und einer Jahresleistung von 72'000 kWh installiert. Der Kanton will damit seine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Die grossen Hochwasserereignisse in den Jahren 1999, 2005 und 2007 haben eindrücklich gezeigt, dass die Siedlungsgebiete im Niederamt gegen Hochwasser der Aare ungenügend geschützt sind. Mit dem vom Regierungsrat dem Kantonsrat vorgelegten Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt soll sich dies ändern. Nebst den vorgesehenen Hochwasserschutzmassnahmen sollen gleichzeitig die Gewässerlebensräume aufgewertet und der Erholungswert der Flusslandschaft gesteigert werden. Das Solothurner Stimmvolk stimmte schliesslich dem notwendigen Verpflichtungskredit in der Höhe von 27,5 Mio. Franken deutlich zu.

Im Rahmen eines Vorprojekts stellte der Kanton weiter den betroffenen Gemeinden das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Emme, Biberist bis Aaremündung, vor. Nach Abschluss der Arbeiten am oberen Emme-Lauf soll nun in einem weiteren Schritt auch der untere Flusslauf umgestaltet und renaturiert werden. Die Volksabstimmung über dieses Projekt mit einer Kostenschätzung von rund 70 Mio. Franken ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

Die Träger der Solothurner Landwirtschaft (Kanton, Sol. Bauernverband) entwickelten die «Solothurner Agrarstrategie». Ziel dieser Strategie ist einerseits die Festlegung der agrarpolitischen Stossrichtung auf Bundes- und Kantonsebene. Andererseits soll sie auch konkret als Anregung für die Betriebsleiter zur Überdenkung der Entwicklung der eigenen Betriebe dienen. Die Strategie legt ein besonderes Gewicht auf die Nachhaltigkeit und basiert auf der Grundhaltung, dass nur eine wirtschaftlich starke Landwirtschaft die von der Gesellschaft erwarteten ökologischen Leistungen erbringen kann.

Nach einer breit abgestützten Vernehmlassung unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat die Pflegeheimplanung 2020. Bei der Erarbeitung der Pflegeheimplanung ging es in erster Linie darum, die demographische Entwicklung zu berücksichtigen und neue Erkenntnisse zu verarbeiten. Insbesondere ist bezüglich der zukünftigen Entwicklung zu berücksichtigen, dass im Jahre 2030 im Kanton Solothurn über 25'000 Menschen leben werden, die dann zumal das Lebensalter 80 überschritten haben werden (2012: 13'000). Davon ausgehend, dass zukünftig ein grosser Teil über ambulante Dienstleistungen länger zu Hause gepflegt werden können, sieht die Planung vor, die Bettenzahl vorerst lediglich um 300 Plätze zu erhöhen. Beibehalten wird das sogenannte Einkreis-Modell, wonach der Kanton als Planungsgebiet gilt.



Nach längeren Vorarbeiten beschloss der Regierungsrat zuhänden des Kantonsrates die Gesetzesvorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs bei den Einwohnergemeinden. Das bisherige System soll durch einen rein steuerkraftbasierten Ausgleich (Ressourcenausgleich) zwischen den Einwohnergemeinden und einen Ausgleich zur Erreichung einer Mindestausstattung durch den Kanton ersetzt werden. Zudem sollen drei Lastenausgleichsgefässe zur Abgeltung von Sonderlasten für die Kosten der Nähe (soziodemographischer Ausgleich), der Weite (geographisch-topographischer Ausgleich) und der spezifischen Zentrumslasten (Sonderlasten der Städte im Bereich Kultur/Freizeit) geschaffen werden. Als drittes Element beinhaltet die Vorlage zukünftig die Finanzierung der Volksschule durch die Einführung von Schülerpauschalen. Die Wirksamkeit des Ausgleichssystems soll zukünftig periodisch überprüft werden. Vorgesehen ist ferner ein verstärktes finanzielles Engagement sowohl des Kantons als auch der ressourcenstarken Gemeinden. Der Kantonsrat wird 2014 das neue Finanzausgleichsgesetz beraten, das Inkrafttreten ist ab dem Jahr 2015 vorgesehen.

Im Berichtsjahr beschlossen die Bucheggberger Gemeinden Aetigkofen, Aetingen, Bibern, Brügglen, Gossliwil, Hessigkofen, Küttigkofen, Mühledorf, Tschoppach und Kyburg-Buchegg sich per 1. Januar 2014 zur Gemeinde «Buchegg» zusammenzuschliessen. Damit verringert sich die Zahl der Einwohnergemeinden auf 109 (bisher 118).

Mit der Verabschiedung des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes (WAG) schloss der Regierungsrat ein umfangreiches Gesetzgebungsprojekt ab. Im neuen Gesetzeswerk sollen, mit Ausnahme des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage, sämtliche wirtschaftsrelevanten Bereiche in einem einzigen Erlass zusammengefasst werden. Nebst der Überführung von zahlreichen Bestimmungen aus Einzelerlassen erfolgten Anpassungen an geändertes Bundesrecht oder an neue gesellschaftliche Bedürfnisse. Gleichzeitig wurde versucht, den administrativen Aufwand zu verringern und überholte Bestimmungen aufzuheben. Gesetzliches Neuland stellen die Bestimmungen zur Sexarbeit dar. Parlamentarischen Diskussionsstoff dürften die Bestimmungen zu den Ladenöffnungszeiten geben. Gastwirtschaftliche Bewilligungen sollen zukünftig an das Vorliegen einer entsprechenden Baubewilligung gekoppelt werden. Die Bewilligung von Anlässen fällt zukünftig in die Kompetenz der Gemeinden. Schliesslich soll die Tourismusförderung gesetzlich verankert werden. Der Kantonsrat wird im Jahre 2014 über die Gesetzesvorlage beraten.

Per Schuljahr 2013/2014 begann für rund 2'300 Schüler im Kanton Solothurn der Englischunterricht ab der fünften Klasse der Primarschule. Der handlungsorientierte Unterricht in Englisch ergänzt den bereits in der dritten Klasse einsetzenden Französischunterricht als zweites Fremdsprachenfach. Die Einführung des Englischunterrichts erfolgte gemeinsam mit den Kantonen Basel-Stadt, Bern, Freiburg und Wallis.

Mit deutlicher Zustimmung befürwortete das Solothurner Stimmvolk die Kantonalisierung der in Balsthal, Breitenbach, Grenchen, Solothurn und Olten geführten Heilpädagogischen Sonderschulen. Damit erfolgt eine konsequente Aufgabenentflechtung zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Dieser übernimmt die rund 230 Mitarbeitenden sowie die Schulräume und -anlagen.

Mit dem zugegebenermassen etwas provokativen Motto «Mir gäh dr Sänf drzue» ist der Kanton Solothurn als Gastkanton 2013 an der grössten Ostschweizer Publikumsmesse – der OLMA in St. Gallen angetreten. Das Motto wurde als sympathisch empfunden und man hat verstanden, dass die Gäste ihren Senf nur symbolisch dazu geben wollten. Die Ostschweiz hat Solothurn entdeckt! Mit 49 Sujets und über 2'200 Teilnehmenden (davon mehrere Hundert Kinder und Jugendliche) präsentierte Solothurn einen der grössten Umzüge der OLMA-Geschichte. Man war mit dem Anspruch angetreten, den Besuchern einen farbenfrohen, tönenden und facettenreichen Umzug zu präsentieren, was vollumfänglich gelang. Die rund 30'000 Zuschauer entlang der Umzugsroute dankten dies mit grossem Applaus. Mit drei Extrazügen plus einem Nostalgie-Zug waren die Umzugsteilnehmer von der Nordwest- in die Ostschweiz gereist. Das Material, das die Teilnehmenden für den Festumzug brauchten, war mit zehn Tiefladern, sechs Lastwagen und sechs Transportern von Solothurn nach St. Gallen gebracht worden. Die Arenashow vom Samstagnachmittag wurde zu einer echten «Soledurner Party». Das präsentierte Programm war bunt und vielfältig. Mehrere Musikgesellschaften musizierten zusammen, es wurde geturnt, getanzt, geritten und gehüpft. Die über Tausend mitgereisten Solothurner Zaungäste liessen es sich nicht nehmen, ihre Delegation kräftig zu feiern. Die Sonderausstellung zeigte Herausragendes aus dem Kanton, Solothurner «Leuchttürme» von überregionalem und internationalem Ruf. Kultur, Tourismus, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe bildeten die Schwerpunkte. Grossformatige Panoramabilder als Grundlage des Ausstellungskonzepts bebilderten die einzelnen Ausstellungselemente. Die Idee, mit der Sonderschau einen ruhenden Pol – eine Insel – innerhalb der OLMA zu bieten, konnte erfolgreich umgesetzt werden. Der Kanton präsentierte sich zudem auch mit einer vielfältigen Tieraussstellung. Die Vorführung und Kommentierung von Tierarten, Rassen und Einzeltieren sowie Pferdequadrillen und Hengstvorführungen fanden grossen Anklang. Mit der Sonderausstellung SOLMA an der HESO in Solothurn wurde im Vorfeld der OLMA die Werbetrommel für den Solothurner OLMA-Auftritt gerührt.



3. Anlässe / Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Däniken, Duliken, Eppenbergr-Wöschnau, Gretzenbach, Schönenwerd, Starrkirch-Wil, Walterswil, Büren, Dornach, Gempfen, Hochwald, Nuglar-St. Pantaleon, Seewen, Bellach, Bettlach, Langendorf, Lommiswil, Oberdorf, Rüttenen, Selzach und der Stadt Grenchen.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden sowie dem Verband Bürgergemeinden und Waldeigentümer statt.

Der Regierungsrat empfing die Kantonsratspräsidentin, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatschreiber und die ehemaligen Kantonsrats-Präsidentinnen und Kantonsratspräsidenten.

Das Inkrafttreten der revidierten Verfassung des Kantons Solothurn vor 25 Jahren wurde mit einer Jubiläumsfeier gewürdigt. Der Anlass, an dem nebst interessierten Kreisen die ehemaligen Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte teilnahmen, erlaubte einerseits einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Verfassung. Andererseits bot er aber auch Gelegenheit zu einem Ausblick auf mögliche zukünftige verfassungsrechtliche Entwicklungen.

Der Regierungsrat traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil und verabschiedete die abtretenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentenfeier teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO) sowie der Bischofsjass.

2013 wurden 13 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidgenössischen Parlamentariern und der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Auszeichnungpreise sowie den Sozialpreis.

Der Regierungsrat empfing den Regierungsrat des Kantons Schaffhausen und des Kantons Freiburg und besuchte den Regierungsrat des Kantons St. Gallen.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, empfing der Regierungsrat eine Delegation aus der Provinz Heilongjiang, Volksrepublik China.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2012	2013
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	39	38
Anzahl Medienmitteilungen	323	294
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	42	39
Anzahl akkreditierte Medien	64	67

Durchschnittlich wurden 2013 täglich rund 20 Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung in Kontakt gebracht.

Die im 2012 bereits begonnenen Vorbereitungen für die Kantons- und Regierungsratswahlen vom März 2013 (und dem 2. Wahlgang im April) wurden erfolgreich umgesetzt. Wegen der engen Platzverhältnisse im Rathaus und der zunehmenden Zahl an Fernseh- und Radiostationen, die «vor Ort» über die Wahlen berichten wollten, musste eine grössere «Raumlösung» gesucht werden.

Der Entscheid, im 2013 das Medienzentrum in der Rythalle in Solothurn einzurichten, erwies sich als goldrichtig. Je vier TV- und vier Radiostationen, zahlreiche Printmedien und Agenturen waren «live vor Ort». Die zur Verfügung gestellte Infrastruktur wurde sehr geschätzt und erstmals konnten wir auch ein Wahlzentrum betreiben, das von sehr vielen Interessierten besucht werden konnte.

Die Teilnahme als Gastkanton an der OLMA in St. Gallen hatte – wie im Vorjahr beim Engagement für den Marché Concours in Saignelégier – einen sehr grossen Zusatzaufwand zur Folge. Dieser wurde durch den Medienbeauftragten selber abgedeckt. Externe Ressourcen wurden nur ganz wenige in Anspruch genommen und über das Budget «OLMA» abgewickelt. Das vorgegebene Budget für die Kommunikationsarbeit «OLMA» konnte erfreulicherweise unterschritten werden. Die mediale Wahrnehmung Solothurns in St. Gallen war sehr positiv. Der Solothurner Auftritt wurde in der Öffentlichkeit – auch im eigenen Kanton – ausgezeichnet aufgenommen.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung stieg im Vergleich mit dem Vorjahr aus den obgenannten Gründen sogar noch etwas an.

Für das Personalamt war der Medienbeauftragte – im Rahmen der internen Ausbildung – wiederum während mehrerer Tage als Medientrainer im Einsatz. Er beteiligte sich auch als Referent am Ausbildungszyklus «Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen» der Kantonspolizei. Hinzu kamen noch Individuelle Ausbildungskurse für Ämter und Personen.

Vereinzelte war der Medienbeauftragte auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig. (Serviceclubs, Fachhochschulen, usw.)

Der Medienbeauftragte hat im November das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) nach acht Jahren abgegeben. Die Aufgabe beanspruchte rund neun Arbeitstage (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die 68. Plenarversammlung der Nordwestschweizerischen Regierungskonferenz fand am 31. Mai 2013 unter Aargauischem Präsidium in Rheinfelden statt. Die Konferenz liess sich durch zwei Impulsreferate von Dr. Daniel Müller-Jentsch (avenir suisse) und Prof. Dr. Gianni d'Amato (Universität Neuenburg) über Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung in die Schweiz orientieren. Im weiteren diskutierte die Konferenz über mögliche Standorte eines Innovationsparks Schweiz in der Nordwestschweiz und sprach sich dafür aus, dass die Nordwestschweiz als einer der innovativsten Wirtschaftsstandorte mit namhaften Forschungszentren bei der Standortwahl angemessen berücksichtigt werden soll. Ferner wurde über die Ziele und den Stand der Arbeiten der Metropolitankonferenz Basel informiert.

Der Arbeitsausschuss traf sich zu vier Sitzungen.

6. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Im Rahmen eines Kadergros-sanlasses wurden die Führungskräfte durch die Mitglieder des Regierungsrates über den Legislaturplan 2013 – 2017 sowie den Massnahmenplan 2014 zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts orientiert. Mittels einer Online-Befragung konnten sich alle Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung zu Einsparungsmöglichkeiten in ihren Verwaltungseinheiten äussern. Die Beteiligung fiel erfreulich hoch aus, die Vorschläge werden, soweit realisierbar und noch nicht in den bereits vorhandenen Massnahmen enthalten, in den Finanzplanungsprozess einfließen. Die Kerngruppe «Sowieso!» befindet sich zurzeit in einer Phase der Überprüfung.

7. Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).



8. Politische Rechte

8.1 Volkswahlen im 2013

- 3. März Kantons- und Regierungsratswahlen
- 14. April Zweiter Wahlgang Regierungsratswahlen
Amteibeamtenwahlen
Gemeinderatswahlen in Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden
- 9. Juni Beamtenwahlen in Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden
- 22. September Kommissionswahlen in Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden
Zweite Wahlgänge für Beamtenwahlen

8.2 Volksinitiativen

- 27. Februar VI «Weniger Steuern für alle»

8.3 Standesinitiativen

Keine

8.4 Referenden

- 11. Juni Änderung des Gebührentarifs
(angenommen in der Volksabstimmung vom 22. September 2013)

8.5 Volksaufträge

- 27. Februar VA «Einführung geregelter Fristen für das Einbürgerungsverfahren»

8.6 Petitionen

Keine

8.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen 2013

2013	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
3. März	Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik	48,6	42'444	41'695
	Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»	48,7	57'080	26'937
	Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung Raumplanungsgesetz, (RPG)	48,5	58'055	25'524
9. Juni	Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»	40,2	15'751	54'411
	Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderung des Asylgesetzes)	40,1	57'670	11'573
22. September	Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»	45,2	17'388	61'026
	Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG)	45,0	45'199	32'351
	Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG; Öffnungszeiten der Tankstellenshops)	45,1	42'413	35'395
24. November	Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – Für gerechte Löhne»	53,3	31'474	61'463
	Volksinitiative vom 12. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»	53,2	38'736	53'989
	Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)	53,3	33'693	59'348



Kantonale Abstimmungen 2013

2013	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
9. Juni	Verpflichtungskredit für das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau	38,5	55'601	10'752
22. September	Änderung des Gebührentarifs (KRB vom 26. Februar 2013)	43,2	41'427	32'131

8.8 Kantonale Vernehmlassungen 2013

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 6 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 10).

Titel	Departement/Amt
Gesetz über den Justizvollzug (Justizvollzugsgesetz; JUVG)	Departement des Innern Rechtsdienst
Pflegeheimplanung 2020 Kanton Solothurn	Departement des Innern Amt für soziale Sicherheit
Teilrevision des Energiegesetzes	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Teilrevision des Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung (EG BZG)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO); Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Gemeinden
Gesetz über die Einwohnerregister- und die Stimmregisterplattform (GESP)	Finanzdepartement Departementssekretariat





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Zum zweiten Mal nach 2012 wird das neue «Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» für den Rechnungsabschluss des Kantons angewendet.

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	RE 12	VA 13	RE 13
Betrieblicher Aufwand	1'897,3	1'961,5	1'922,9
Betrieblicher Ertrag	-1'761,6	-1'786,6	-1'822,8
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	135,7	174,9	100,1
Finanzaufwand ¹	16,5	20,3	14,7
Vermögenserträge ²	-46,1	-46,9	-46,0
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	106,1	148,3	68,8
Wertberichtigung Finanzvermögen ³	47,5	-	10,4
Rückstellung PKSO-Deckungslücke ⁴	-42,2	-	42,2
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	111,4	148,3	121,3
a.o. Aufwand / Ertrag ⁵	-	-2,2	-
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	111,4	146,1	121,3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)			
Ausgaben	174,1	200,3	173,3
Einnahmen	-51,4	-62,9	-64,2
Nettoinvestitionen	122,8	137,4	109,1

Finanzierung (in Mio. Franken)			
Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)	-172,6	-216,4	-161,0
Selbstfinanzierungsgrad in %	-41	-57	-48

1 Zinsaufwände, Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten

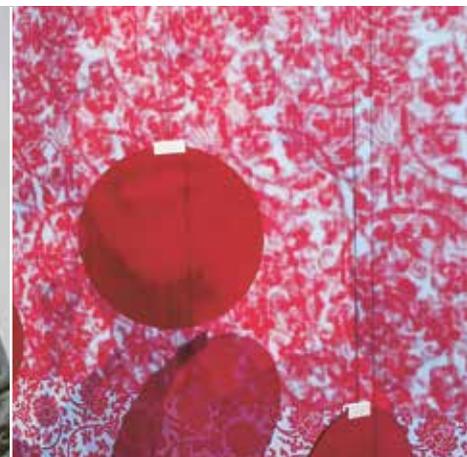
2 Zinserträge, Buchgewinne, Dividenden, Mieterträge

3 Abwertung der Alpiq-Aktien per 31.12.2012 und 31.12.2013 infolge der Kursverluste in den Jahren 2012 und 2013

4 Da im Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn die rückwirkende Ausfinanzierung per 1.1.2012 in den Übergangsbestimmungen explizit erwähnt sein wird, wurde die Rückstellung wieder auf den Stand per 1.1.2012 verbucht. Die Reduktion der Rückstellung für die Deckungslücke per 31.12.2012 von 42,2 Mio. Franken wurde per 31.12.2013 wieder rückgängig gemacht.

5 Die im Voranschlag 2013 geplante Auflösung von Rückstellungen der Globalbudgetreserven erfolgt unter HRM2 nicht mehr über die Erfolgsrechnung sondern direkt über die Bilanz.

Mit einem Aufwandüberschuss von 121,3 Mio. Franken muss auch 2013 wieder ein Defizit ausgewiesen werden. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ist jedoch um 24,8 Mio. Franken und das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 79,5 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich jedoch das Ergebnis der Erfolgsrechnung um 9,9 Mio. Franken, hingegen verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit erfreulicherweise um 37,3 Mio. Franken.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2013

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2013 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
Kantonale Steuern ¹	29,9
	29,9
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
Globalbudgets (Kap. 1.5)	37,3
Ergänzungsleistungen AHV	5,6
Spitalbehandlungen gemäss KVG	5,4
Zinsendienst	2,6
	50,9
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 5 Positionen:	80,8
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Bundesanteile	4,6
	4,6
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Schulgelder	3,2
Abschreibungen öffentlicher Verkehr	2,1
	5,3
Sonderfaktoren (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Franken
Erhöhung Rückstellung Deckungslücke PKSO	42,2
Wertberichtigungen Alpiq-Aktien (Abwertung)	10,4
	52,6
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 5 Positionen:	62,5

¹ Staatssteuern (21,8 Mio. Franken), Nebensteuern (3,4 Mio. Franken) und Ordnungsbussen (2,5 Mio. Franken)

Die oben aufgeführten 10 Positionen verursachten eine Verbesserung des operativen Ergebnisses von 18,3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Kantonsstrassenbau	7,4
Bildungsbauten	6,3
Spitalbauten	5,4
Informatik	4,5
Wasserschutzbauten	2,9
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 5 Positionen	26,5

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Öffentlicher Verkehr	2,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichung	2,1

Die oben aufgeführten 6 Positionen (-24,4 Mio. Franken) vermögen 86 Prozent der Reduktion der Nettoinvestitionen von 28,3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2012 und Rechnung 2013

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2012 und der Rechnung 2013 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Bundesanteile ¹	36,6
Kantonale Steuern ²	10,7
Mietertrag Spitäler / Fachhochschule	3,6
	50,9

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Spitalbehandlungen gemäss KVG	5,4
	5,4

Sonderfaktor (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Wertberichtigungen Alpig-Aktien	37,1
	37,1
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 5 Positionen	93,4

¹ NFA-Ressourcenausgleich (31,5 Mio. Franken) und Verrechnungssteuer (3,4 Mio. Franken)
² Staatssteuern (8,8 Mio. Franken) und Bussen/Ordnungsbussen (0,8 Mio. Franken)



Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Erlös aus veräussertem Grundeigentum	3,4
	3,4
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Globalbudgets (Kap. 1.5)	5,2
Abschreibungen öffentlicher Verkehr	3,8
Abschreibungen Kantonsstrassen	2,5
	11,5
Sonderfaktor (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Franken
Rückstellung Deckungslücke PKSO	84,4
	84,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 5 Positionen	99,3

Die oben aufgeführten 10 Positionen verursachten eine Verschlechterung des operativen Ergebnisses von 5,9 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2012 (Differenz RE12/13: 9,9 Mio. Franken).

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Spitalbauten	12,9
Agrarpolitische Massnahmen (Amt für Landwirtschaft)	5,1
Kantonsstrassenbau	2,9
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	20,9
Höhere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Öffentlicher Verkehr	3,6
Bildungs- /Allgemeine Bauten	2,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen	6,0

Die oben aufgeführten 5 Positionen (-14,9 Mio. Franken) und verschiedene kleinere Erhöhungen führten zu tieferen Nettoinvestitionen 2013 von 13,7 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2012.



1.3 Finanzkennzahlen 2009 – 2013

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2009 bis 2013.

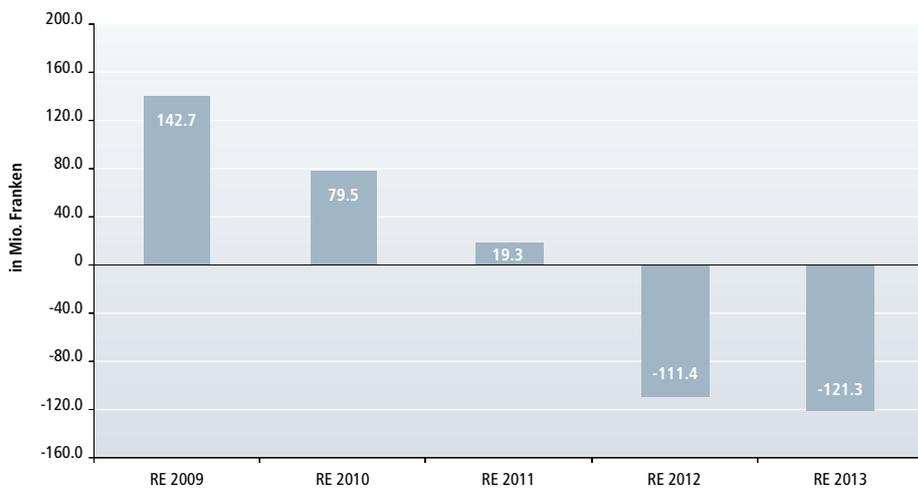
Kennzahlen (in Mio. Franken bzw. %)	2009	2010	2011	2012	2013
Cash Flow	219,6	168,7	114,6	-49,7	-51,9
– Abschreibungen*	-76,8	-89,2	-95,3	-61,7	-69,4
Operatives Ergebnis ER	+142,7	+79,5	+19,3	-111,4	-121,3
+ a.o. Erträge/Aufwände	+49,2				
Gesamtergebnis	+191,9	+79,5	+19,3	-111,4	-121,3
Nettoinvestitionen	109,9	111,4	133,6	122,8	109,1
Finanzierungsergebnis	+158,8	+57,2	-19,0	-172,6	-161,0
Selbstfinanzierungsgrad	244 %	151 %	86 %	-41 %	-48 %
Gesamtabschreibungssatz*	20,5 %	21,6 %	20,8 %	4,4 %	4,8 %
Nettoverschuldung	14,6	-42,7	-23,8	456,2	617,1
Dito, in Franken pro Einwohner	60	-170	-90	1'760	2'350
Nettozinsaufwand total	-4,5	-7,6	-11,4	1,9	1,8
Dito, in % der Staatssteuern	-0,6 %	-1,0 %	-1,5 %	0,3 %	0,2 %
Frei verfügbares Eigenkapital	472,8	552,3	571,6	414,8	263,3
EinwohnerInnen per Ende Jahr	255'667	256'888	257'393	259'836	262'965

* Tiefere Abschreibungen ab 2012 aufgrund HRM2

Der operative Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss) liegt mit 51,9 Mio. Franken um 2,2 Mio. Franken über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2012: 49,7 Mio. Franken). Ein Cash Loss bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den Erträgen finanziert werden können. Die Höhe der Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2013: 487,0 Mio. Franken).

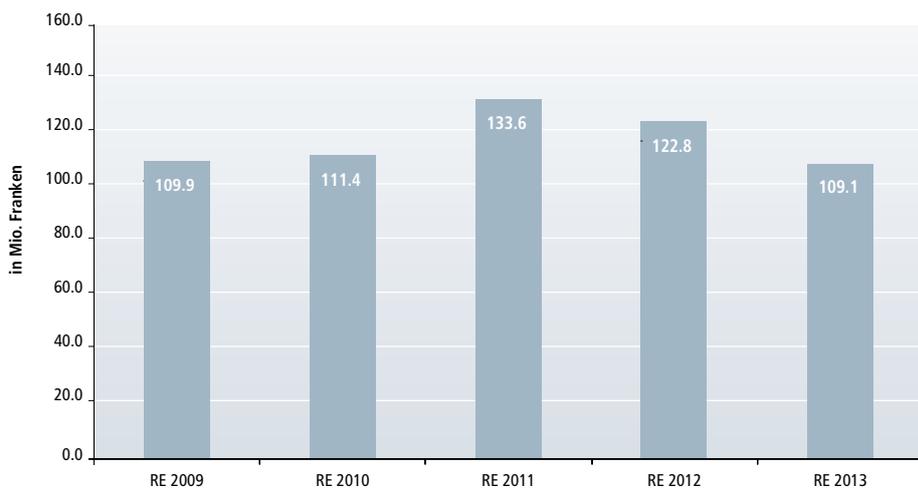


Gesamtergebnis Erfolgsrechnung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Die Rechnung 2013 schliesst wie im Vorjahr mit einem Aufwandüberschuss von 121,3 Mio. Franken ab.

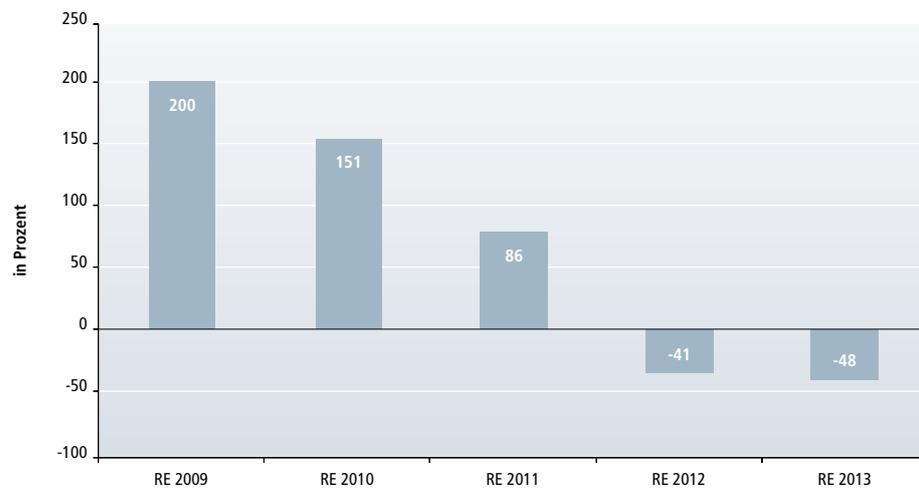
Nettoinvestitionen in Mio. Franken



Mit Nettoinvestitionen von 109,1 Mio. Franken liegt das Investitionsniveau 2013 auf der Höhe der beiden Jahre 2009 und 2010.

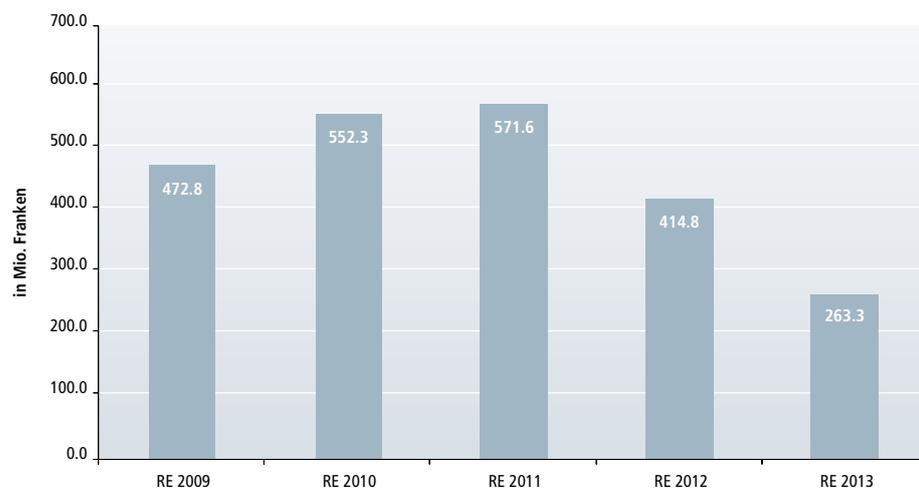


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in Prozent



Der Selbstfinanzierungsgrad reduziert sich von -41 Prozent im Vorjahr auf -48 Prozent. Ein negativer Selbstfinanzierungsgrad bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Konsumausgaben aus den Erträgen finanziert werden können. Der Selbstfinanzierungsgrad von -48 Prozent führt zu einer weiteren Erhöhung der Nettoverschuldung.

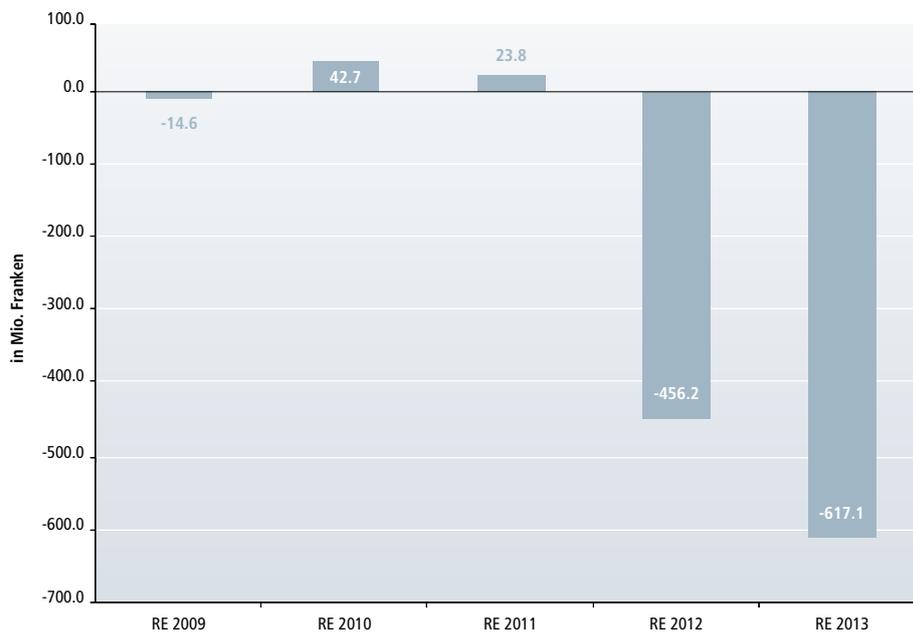
Frei verfügbares Eigenkapital in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Mit der AFU-Wasserrechnung (26,2 Mio. Franken), den Globalbudgetreserven (11,9 Mio. Franken) und den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital (521,2 Mio. Franken) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 822,6 Mio. Franken. Das frei verfügbare Eigenkapital ist massgebend für die Schuldenbremse.



Nettoverschuldung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Die Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2013: 487,0 Mio. Franken).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	6,1	5,8	9,2	3,5
Ertrag	-0,7	-0,3	-4,3	-4,0
Verrechnungen	-1,6	-1,7	-1,0	0,6
Saldo	3,8	3,8	3,9	0,1

Infolge Teilnahme des Kantons Solothurn an der OLMA St. Gallen (Finanzierung durch Lotteriefonds) fielen Aufwand und Ertrag im Jahr 2013 jeweils um 2,2 Mio. Franken höher aus. Die Saldoabweichung von 0,1 Mio. Franken ist auf diverse vom Regierungsrat benötigte externe Dienstleistungen zurückzuführen.

Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	12,3	12,9	12,8	-0,1
Ertrag	-3,0	-2,9	-3,2	-0,4
Verrechnungen	-6,8	-6,6	-6,5	0,1
Saldo	2,5	3,4	3,0	-0,4

Ein leicht geringerer Personalaufwand und höhere Erlöse bei den Gebühren sowie beim Amtsblatt führten im Berichtsjahr 2013 zu einer Saldoverbesserung von 0,4 Mio. Franken gegenüber dem Budget.

Die gegenüber der Rechnung 2012 resultierende Saldoerhöhung von 0,5 Mio. Franken ist insbesondere auf die Zusatzaufwendungen im Wahljahr 2013 (Drucksachen, Informatikleistungen) zurückzuführen.



Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	224,3	244,7	234,1	-10,6
Ertrag	-92,1	-91,6	-93,5	-2,0
Verrechnungen	-109,8	-108,4	-110,8	-2,3
Saldo	22,3	44,7	29,9	-14,8

Der Hauptgrund für den Minderaufwand liegt in den deutlich unter dem Voranschlag ausgefallenen Beiträgen an Gemeinden, öffentliche und private Unternehmen, insbesondere im öffentlichen Verkehr und der Wasserwirtschaft (-6,1 Mio. Franken). Weitere Einsparungen wurden erzielt bei den Vollzugskosten der Jugendanwaltschaft (-1,7 Mio. Franken), durch Stellenvakanzen beim Personalaufwand (-1,5 Mio. Franken), bei Mieten, Pachten und Nebenkosten (-0,6 Mio. Franken), beim Strassenunterhalt inklusive Winterdienst (-0,6 Mio. Franken) sowie bei Dienstleistungs- und Planungsaufträgen (-0,5 Mio. Franken). Diese und weitere, kleinere Minderaufwendungen gleichen die Mehraufwendungen bei den Abschreibungen (1,3 Mio. Franken), der Wartung, dem Gebäudeunterhalt (1,2 Mio. Franken) und den Altlastensanierungen (0,6 Mio. Franken) mehr als aus und führen zu der ausgewiesenen Budgetunterschreitung.

Den wesentlichen Mehreinnahmen aus der allgemeinen Rechnung (Beiträge zum öffentlichen Verkehr, Pacht und Mieterträge, Rückerstattungen Heiz- und Nebenkosten, Leistungen aus dem Lotteriefonds von insgesamt 4,4 Mio. Franken) sowie den Mehreinnahmen aus den Spezialfinanzierungen (Motorfahrzeugsteuern +2,1 Mio. Franken und Deponienachsorgefonds +0,7 Mio. Franken) stehen Mindereinnahmen bei den Mieterträgen der Spitäler- und Fachhochschulen (-1,2 Mio. Franken), bei den Kühlwasserabgaben (-0,8 Mio. Franken längere Abschaltung KKW Gösgen) und bei den Geldstrafen und Bussen (-0,5 Mio. Franken) sowie dem geringer ausgefallenen Erlös aus dem Verkauf von Sachanlagen (-1,2 Mio. Franken) und weiteren geringeren Rückerstattungen gegenüber.



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	449,6	458,4	454,5	-3,9
Ertrag	-53,2	-49,6	-54,3	-4,7
Verrechnungen	26,6	28,4	28,0	-0,3
Saldo	423,0	437,2	428,3	-8,9

Das Budget wurde gesamthaft um 8,9 Mio. Franken oder 2,0 Prozent unterschritten. Der Aufwand liegt 3,9 Mio. Franken oder 0,9 Prozent unter dem Budget. Der Ertrag liegt 4,7 Mio. Franken oder 9,5 Prozent über dem Budget. Die Abweichungen sind hauptsächlich auf höhere Beiträge der Gemeinden an Sek P aufgrund höherer Schülerzahlen (+1,4 Mio. Franken), erstmalige Beiträge der FHNW-Kantone an den Vorkurs Pädagogik (+1,2 Mio. Franken) und eine Änderung im Abrechnungsmodus für Gesundheitsberufe (Umstellung von vergangenheitsbezogener Fakturierung auf Gegenwartsfakturierung (+1,4 Mio. Franken) zurückzuführen.

Gegenüber der Rechnung 2012 ist der Aufwand um 4,9 Mio. Franken oder 1 Prozent angestiegen. Der Ertrag liegt 1,1 Mio. Franken oder 2 Prozent höher und ist Folge des neuen Abrechnungsmodus für Gesundheitsberufe.

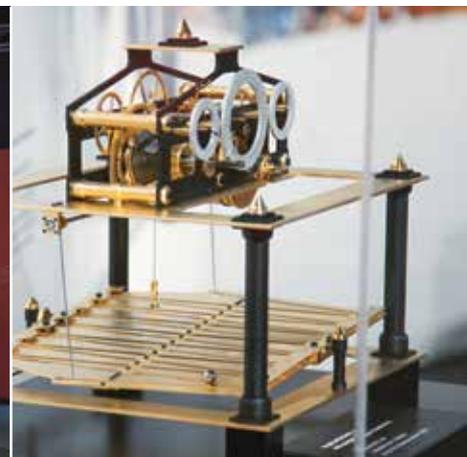
Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	129,0	126,6	174,4	47,8
Ertrag	-1'171,3	-1'189,4	-1'214,2	-24,8
Verrechnungen	23,3	20,4	21,4	1,0
Saldo	-1'019,0	-1'042,4	-1'018,4	24,0

Die grössten Veränderungen beim Ertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich hauptsächlich durch Mehrerträge bei den Staatssteuern von 21,8 Mio. Franken, bei den Nebensteuern von 3,4 Mio. Franken, bei den Ordnungsbussen der kantonalen Steuern von 2,5 Mio. Franken und beim Anteil der Verrechnungssteuer von 2,1 Mio. Franken sowie dem Minderertrag bei der Direkten Bundessteuer von 6,3 Mio. Franken.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2012 sind vor allem Mehreinnahmen beim Anteil der Verrechnungssteuer (+3,4 Mio. Franken) und beim NFA-Ressourcenausgleich (+31,5 Mio. Franken) zu verzeichnen. Beim Ertrag der Staatssteuern konnte insbesondere bei den natürlichen Personen (+9,0 Mio. Franken) eine Zunahme festgestellt werden.

Der Mehraufwand zum Vorjahr und zum Voranschlag resultiert aus der Bildung einer Rückstellung betreffend der Deckungslücke bei der Pensionskasse (+42,2 Mio. Franken). Im Verlaufe des Jahres 2013 wurde entschieden, die Ausfinanzierung der Deckungslücke per 1. Januar 2012 vorzunehmen, damit die Staatsgarantie wegfällt. Deshalb musste im Jahresabschluss per 31. Dezember 2013 die Rückstellung auf den Stand vom 1. Januar 2012 gebracht werden.



Departement des Innern

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	872,3	898,8	883,6	15,1
Ertrag	-345,9	-356,8	-358,7	-1,9
Verrechnungen	69,0	67,8	70,0	-2,2
Saldo	595,4	609,8	594,9	-14,9

Die Rechnung 2013 liegt um 14,9 Mio. Franken unter dem Budget. Hauptgründe sind Minderaufwände für Spitalbehandlungen gemäss KVG (-5,4 Mio. Franken), für Sozialversicherungen und Existenzsicherung (-5,0 Mio. Franken) sowie für das Globalbudget «öffentliche Sicherheit» (-1,2 Mio. Franken).

Die Rechnung 2013 schliesst um 0,5 Mio. Franken unter dem Vorjahr ab. Der Bereich Gesundheit schloss um rund 11 Mio. Franken besser ab: Spitalbehandlungen gemäss KVG (-5,4 Mio. Franken), soH (+1,6 Mio. Franken), «Rückstellungen aufgrund Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg» (-3,5 Mio. Franken) sowie «Aufwand Übertritt / Einkauf von Mitarbeitenden soH in die Kantonale Pensionskasse» (-2,5 Mio. Franken). Dagegen liegt die soziale Sicherheit und die öffentliche Sicherheit um rund 10,5 Mio. Franken über der Rechnung 2012: Erstmals Kind- und Erwachsenenschutzbehörde (+4,8 Mio. Franken), Globalbudget Justizvollzug (+2,0 Mio. Franken), Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug (+1,2 Mio. Franken).



Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	201,9	208,7	198,0	-10,7
Ertrag	-136,2	-137,6	-134,8	2,8
Verrechnungen	-3,8	-3,1	-3,8	0,7
Saldo	61,9	68,0	59,4	-8,6

Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ergibt sich aufgrund der besseren Ergebnisse sämtlicher Globalbudgets und der Finanzgrössen.

Das Globalbudget des Departementssekretariats schliesst um 0,6 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies aufgrund des sehr viel besseren Abschlusses der Beruflichen Vorsorge und Stiftungsaufsicht. Das Globalbudget Energiefachstelle schliesst um 1,9 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies im Wesentlichen deshalb, weil weniger Gesuche eingegangen sind und die Rückstellung für hängige Gesuche gesenkt werden konnte.

Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das Volkswirtschaftsdepartement saldo-neutralen Durchlaufposten «Finanzausgleich Kirchgemeinden» (Minderaufwand 3,4 Mio. Franken; Minderertrag 3,8 Mio. Franken und höhere Zuweisung über interne Verrechnungen 0,4 Mio. Franken), sowie in der Energiefachstelle bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen aus der CO₂-Abgabe (+1,2 Mio. Franken) und beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen für Sirenen und Schutzraumbauten (+0,3 Mio. Franken).

Gerichte

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Aufwand	23,6	23,7	23,4	-0,3
Ertrag	-5,1	-5,4	-5,7	-0,3
Verrechnungen	3,1	3,2	2,7	-0,5
Saldo	21,6	21,5	20,3	-1,2

Die Aufwendungen blieben unter dem Budget, weil gewisse Personalkredite (Aushilfen, Ersatzrichter, Amtsrichter), sowie Kredite für Abschreibungen und unentgeltliche Rechtspflege nicht voll ausgeschöpft werden mussten. Der Mehrertrag entstand zum wesentlichen Teil aus einem Sonderertrag aus strafrechtlicher Beschlagnahme. Schliesslich fielen die internen Verrechnungen im Informatikbereich 0,3 Mio. Franken günstiger und die gerichtlichen Dienstleistungen 0,2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.



1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Ausgaben	154,7	176,6	157,0	-19,4
Einnahmen	-47,4	-56,0	-58,2	-2,2
Nettoinvestitionen	107,3	120,4	98,8	-21,6

Durch das Bau- und Justizdepartement wurden 2013 netto 98,8 Mio. Franken in das Verwaltungsvermögen des Kantons investiert. Dies sind 21,6 Mio. Franken weniger als budgetiert. Die Summe der eigentlichen Nettoinvestitionen wurde dabei durch die Gutschrift von Immobilien, welche vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen transferiert wurden, ausserordentlichweise um 11,9 Mio. Franken vermindert. Die ordentlichen Nettoinvestitionen liegen damit nur um 9,7 Mio. Franken unter dem Voranschlag 2013. Dabei blieben folgende Bereiche mit ihren Nettoinvestitionen unter den geplanten Jahrestanchen 2013: Neubau Fachhochschule (-5,3 Mio. Franken), Spitalbauten und Kleinprojekte (-3,5 Mio. Franken), planbarer Unterhalt (-1,9 Mio. Franken). Im Bereich Hochbau wurden diese Minderkosten durch die nicht geplante Übernahme der Heilpädagogischen Sonderschulen (+9,5 Mio. Franken) weitgehend wettgemacht. Die Bruttoinvestitionen für die Kantonsstrassen liegen zwar 6,0 Mio. Franken über dem Voranschlag, mit den eingegangenen Bundesbeiträgen, welche für 2013 nicht in dieser Höhe geplant waren, liegen dagegen die Nettoinvestitionen mit 7,3 Mio. Franken deutlich unter dem Voranschlag. Beim öffentlichen Verkehr werden Nettoinvestitionen von 2,1 Mio. Franken über dem Voranschlag ausgewiesen, da die Einnahmen der entsprechenden Gemeindebeiträge in der Erfolgsrechnung abgegrenzt werden mussten. Die Verzögerungen bei den Hochwasserschutzprojekten an der Aare und noch nicht ausgeschöpfte Investitionsbeiträge an Gemeinden und Zweckverbände führen dazu, dass auch die Nettoinvestitionen im Bereich Umwelt unter dem Voranschlag liegen (-3,0 Mio. Franken).



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Ausgaben	1,9	2,7	3,2	0,5
Einnahmen	-1,6	-2,0	-2,8	-0,8
Nettoinvestitionen	0,3	0,7	0,4	-0,3

Die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung bei den Ausgaben und Einnahmen ist hauptsächlich auf die Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen. Von den Organisationen der Arbeitswelt wurden 0,8 Mio. Franken mehr Investitionsbeiträge beantragt als bei der Budgetierung angenommen. Die Beiträge sind vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Nach dem Bruttoprinzip wird die Auszahlung über Ausgaben und die Entlastung durch die Bundesbeiträge über Einnahmen verbucht.

Die ausgerichteten Darlehen lagen 0,3 Mio. Franken tiefer als bei der Budgetierung angenommen. Deshalb resultiert bei den Ausgaben eine Nettoabweichung von 0,5 Mio. Franken.

Die Zunahme bei den Ausgaben und Einnahmen gegenüber der Rechnung 2012 ist ebenfalls auf die Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen.

Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Ausgaben	5,1	8,8	4,6	-4,2
Einnahmen	0	0	-1,0	-1,0
Nettoinvestitionen	5,1	8,8	3,6	-5,2

Die tieferen Investitionsausgaben im Berichtsjahr gegenüber dem Voranschlag und dem Vorjahr entstanden durch Verschiebungen einzelner Investitionsprojekte ins Folgejahr. Die Investitionseinnahmen von 1,0 Mio. Franken sind auf die Aktienkapitalrückzahlung der NSNW AG an den Kanton Solothurn zurückzuführen.



Departement des Innern

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Ausgaben	1,8	2,8	2,7	-0,1
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	1,8	2,8	2,7	-0,1

Die Investitionsrechnung bleibt mit Nettoausgaben von 2,7 Mio. Franken um 0,1 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE12	VA13	RE13	Diff. 13
Ausgaben	10,6	9,6	5,8	-3,8
Einnahmen	-2,4	-4,9	-2,2	2,7
Nettoinvestitionen	8,2	4,7	3,6	-1,1

Das Volkswirtschaftsdepartement investierte 1,1 Mio. Franken weniger als budgetiert. Dies vor allem, weil keine NRP-Kredite (Neue Regionalpolitik) vergeben werden konnten (-0,9 Mio. Franken).



1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE12	VA13	RE13	Diff. RE/VA13	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	738,1	740,7	717,4	-23,3	-3,1
Dienstleistungen der Staatskanzlei	6'966,0	7'380,6	7'159,6	-221,0	-3,0
Drucksachen und Lehrmittel	2'317,4	2'656,0	2'415,5	-240,5	-9,1
Führungsunterstützung BJD	2'875,0	1'820,7	1'717,2	-103,5	-5,7
Raumplanung	2'820,2	3'077,6	2'754,4	-323,2	-10,5
Hochbau	27'317,5	29'551,9	27'647,4	-1'904,5	-6,4
Strassenbau	29'050,5	31'333,6	30'046,6	-1'287,0	-4,1
Öffentlicher Verkehr	31'315,3	37'859,9	31'360,0	-6'499,9	-17,2
Umwelt	9'633,3	11'107,1	10'478,4	-628,7	-5,7
Denkmalpflege und Archäologie	2'966,9	2'948,1	3'024,4	76,3	2,6
Geoinformation	2'362,5	3'127,4	2'317,3	-810,1	-25,9
Jugendanwaltschaft	6'090,4	6'494,1	4'674,8	-1'819,3	-28,0
Staatsanwaltschaft	4'324,9	4'364,8	4'523,2	158,4	3,6
Führungsunterstützung DBK	10'342,6	10'849,0	10'248,7	-600,3	-5,5
Volksschulen	19'350,0	20'871,6	19'984,4	-887,2	-4,3
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	7'120,3	9'089,6	8'934,3	-155,3	-1,7
Kultur und Sport	6'711,4	7'090,1	7'117,5	27,4	0,4
Mittelschulbildung	34'982,7	41'113,7	36'450,9	-4'662,8	-11,3
Fachhochschulbildung	32'673,3	35'759,0	35'048,4	-710,6	-2,0
Berufsschulbildung	36'218,6	32'289,1	30'172,6	-2'116,5	-6,6
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'518,4	1'633,1	1'637,0	3,9	0,2
Finanzen und Statistik	356,8	995,9	375,9	-620,0	-62,3
Personalwesen	3'658,4	4'061,1	3'163,0	-898,0	-22,1
Steuerwesen	14'295,9	15'140,0	14'073,1	-1'066,9	-7,0
Informationstechnologie	14'633,1	15'916,1	14'065,9	-1'850,2	-11,6
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-13'315,5	-10'489,5	-11'159,5	-669,9	6,4
Staatsaufsichtswesen	935,5	971,6	941,9	-29,7	-3,1
Gesundheit	5'623,7	5'842,4	5'416,1	-426,3	-7,3
soH	54'155,0	55'719,5	55'720,0	0,5	0,0
Soziale Sicherheit	8'634,9	12'532,5	11'520,6	1'011,9	-8,1
Öffentliche Sicherheit	1'954,1	2'290,3	1'044,4	-1'245,9	-54,4



Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE12	VA13	RE13	Diff. RE/VA13	Diff. in %
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-1'609,0	-2'040,0	-2'094,8	-54,8	2,7
Justizvollzug	7'616,9	9'573,8	9'591,9	18,1	0,2
Polizei	37'534,8	74'430,3	74'204,1	-226,2	-0,3
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'364,7	1'722,5	1'123,1	-599,4	-34,8
Wirtschaft und Arbeit	2'431,3	3'033,1	1'985,2	-1'047,8	-34,5
Energiefachstelle	1'063,6	2'722,9	840,6	-1'882,3	-69,1
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'452,5	2'898,6	2'534,9	-363,7	-12,5
Wald, Jagd und Fischerei	2'814,3	3'628,5	2'854,5	-774,0	-21,3
Landwirtschaft	9'090,6	9'147,2	9'026,8	-120,4	-1,3
Militär und Bevölkerungsschutz	6'478,0	6'755,3	5'963,5	-791,8	-11,7
Gerichte	14'535,7	14'895,4	13'970,7	-924,7	-6,2
Total Aufwandüberschuss	488'400,4	530'905,2	493'592,0	-37'313,1	-7,0

1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierung (in 1'000 Franken)	RE12	VA13	RE13	Diff. RE/VA13	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder des RR	929,7	1'013,3	1'045,0	31,7	3,1
Natur- und Heimatschutz	4'551,3	5'311,4	4'427,0	-884,4	-16,7
Strassenbaufonds	68'202,0	72'390,4	70'682,1	-1'708,3	-2,4
Altlastenfonds	588,4	1'300,0	1'445,7	145,7	11,2
Abwasserfonds	1'013,0	4'000,0	2'935,2	-1'064,8	-26,6
Entsorgungsfonds	40,2	50,0	7,0	-43,0	-86,0
Deponienachsorgefonds	455,3	60,0	246,4	186,4	310,7
Unfallkasse	60,1	60,1	60,1	0,0	0,0
Krankentaggeldversicherung GAV	1'053,8	1'426,1	938,6	-487,5	-34,2
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden	30'091,2	30'000,0	30'162,7	162,7	0,5
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	11'825,1	14'785,0	11'273,0	-3'512,0	-23,8
Forstfonds	535,8	640,0	589,1	-41,9	-6,6
Jagd- und Fischereifonds	1'086,7	1'165,5	1'438,4	272,8	23,4
Zufahrt zu Berghöfen	650,0	650,0	650,0	0,0	0,0
Tierseuchenkasse	1'029,9	1'244,8	974,4	-270,4	-21,7
Total Bruttoentnahmen	122'112,5	134'096,5	126'883,5	-7'213,0	-5,4

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden, finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2013

Das Konjunkturbild für die Schweiz hat sich in den Herbstmonaten weiter aufgehellt. Die erwartete positive Wende in der Exportwirtschaft scheint sich zu bestätigen. Das konjunkturelle Fundament gewinnt an Breite, zumal die Binnenkonjunktur – die bisher dominierende Wachstumsstütze – robust bleiben dürfte. Nach wechselhaftem Quartalsverlauf rechnet das SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft, für das Gesamtjahr 2013 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent. Im Kanton Solothurn reduzierte sich die Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent im Dezember 2012 auf 2,8 Prozent im Dezember 2013 und liegt damit unter derjenigen der Schweiz (3,5 Prozent). Im Jahresdurchschnitt betrug die Quote im Kanton Solothurn 2,7 Prozent (2012: 2,4 Prozent). Die fast zweijährige Phase negativer Teuerungsraten, die massgeblich durch wechselkursbedingt sinkende Importpreise getrieben war, scheint beendet. Im November 2013 war die Konsumententeuerung erstmals wieder minim positiv. Die Konsumteuerung in der Schweiz blieb 2013 noch leicht negativ und die durchschnittliche Jahresteuierung betrug -0,2 Prozent.

Staatssteuer

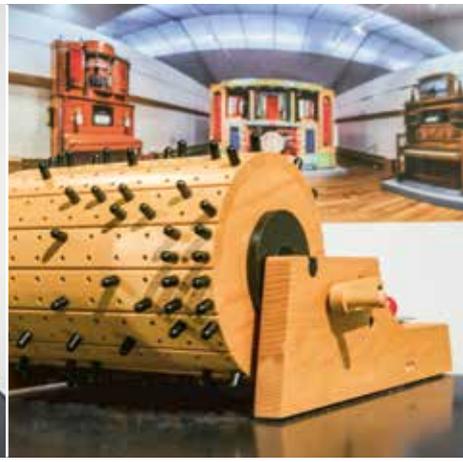
Im Jahr 2013 wurde eine Staatssteuer von 100 Prozent für die natürlichen Personen und 104 Prozent für die juristischen Personen erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSWA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 11,0 Mio. Franken (Vorjahr: 11,6 Mio. Franken) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,0 Mio. Franken (Vorjahr: 13,1 Mio. Franken) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 0,9 Mio. Franken (Vorjahr: 0,8 Mio. Franken) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2012 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung für 2013 verhandelt. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage, der Teuerung, der Finanzlage des Kantons sowie der Situation auf dem Arbeitsmarkt einigten sich die Parteien, die Löhne für das Staatspersonal, die Lehrpersonen an der Volksschule und die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG für das Jahr 2013 auf dem Niveau des Jahres 2012 beizubehalten.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2013 wurden folgende Rückstellungen vermindert oder aufgelöst:

- Rückstellung Pensionskasse Einkauf/Übertritt soH – 6,3 Mio. Franken
- Rückstellungen AWA Verpflichtungen Energieförderprogramm – 1,4 Mio. Franken
- Rückstellung BBZ Solothurn-Grenchen, Pensionskasse HFT – 1,0 Mio. Franken
- Rückstellung solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse – 1,0 Mio. Franken

Da im Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn die rückwirkende Ausfinanzierung per 1. Januar 2012 in den Übergangsbestimmungen explizit erwähnt sein wird, wurde die Rückstellung wieder auf den Stand per 1. Januar 2012 gestellt. Die Reduktion der Rückstellung für die Deckungslücke im 2012 von 42,2 Mio. Franken wurde wieder rückgängig gemacht.

Per Saldo erhöhten sich die Rückstellungen von 467,2 Mio. Franken per 1. Januar 2013 um 31,3 Mio. Franken auf 498,5 Mio. Franken per 31. Dezember 2013.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2013 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2013 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1)). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

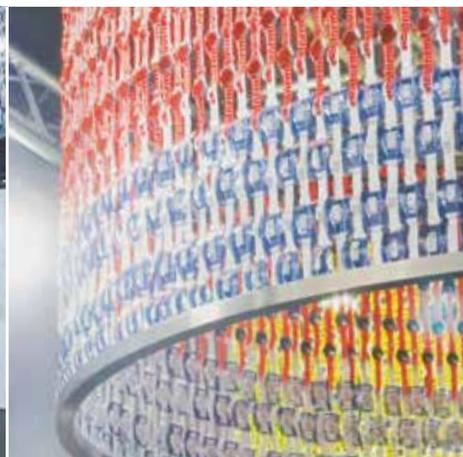
3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2013 enthält keine teuerungsbedingte Lohnerhöhung.

Departement	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'741'000	2'831'852	90'852	3,3
Staatskanzlei	4'422'107	4'319'205	-102'902	-2,3
Bau und Justiz	42'372'370	41'426'692	-945'678	-2,2
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	74'252'733	72'776'273	-1'476'460	-2,0
– Verwaltungspersonal	27'146'280	28'544'695	1'398'415	5,1
Finanz	51'793'503	50'693'055	-1'100'448	-2,1
Inneres	97'133'167	97'167'975	34'808	0,0
Volkswirtschaft	33'219'807	32'341'409	-878'398	-2,6
Gerichte				
– Richter	4'992'393	4'910'053	-82'340	-1,7
– Verwaltungspersonal	10'115'459	9'776'564	-338'894	-3,4
Total Besoldungen	348'188'818	344'787'774	-3'401'044	-1,0

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 3,4 Mio. Franken oder 1,0 Prozent, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- Im Bereich Behörden sind nicht budgetierte Besoldungskosten der Projektleitung OLMA 2013 verbucht worden (durch Lotteriefonds finanziert).
- Vakanzen, vorläufiger Verzicht oder später als geplante Neueinstellungen in den meisten Ämtern des Bau- und Justizdepartementes, führten zu geringeren Besoldungskosten (siehe auch Pensenübersicht unter 3.1.1). Nach wie vor ist es schwierig, Fachspezialisten zeitgerecht zu ersetzen (Amt für Verkehr und Tiefbau, Amt für Umwelt). Die häufigere Anstellung von vergleichsweise jungen Angestellten für pensionierte Mitarbeitende kann gegenüber der Planung zu einem tieferen Personalaufwand führen. Dies wird durch die automatischen Lohnanstiege in den kommenden Jahren wieder aufgeholt.
- Der Minderaufwand bei Lehrkräften sowie der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal im Departement für Bildung und Kultur ist insbesondere auf die neuen Führungsstrukturen an den Mittelschulen zurückzuführen. Schulleitungspersonen werden neu unter Verwaltungspersonal geführt.
- Im Finanzdepartement verteilt sich der Minderaufwand zum Voranschlag auf praktisch sämtliche Ämter.
- Der Minderaufwand im Volkswirtschaftsdepartement resultiert hauptsächlich aus dem vom Bund finanzierten Bereich Arbeitsmarkt (-0,4 Mio. Franken) sowie Vakanzen im Bereich der Katastrophenvorsorge (-0,4 Mio. Franken).



Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2012/Rechnung 2013

Departement	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'806'813	2'831'852	25'039	0,9
Staatskanzlei	4'264'177	4'319'205	55'028	1,3
Bau und Justiz	41'041'468	41'426'692	385'224	0,9
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	75'116'988	72'776'273	-2'340'715	-3,1
– Verwaltungspersonal	27'566'992	28'544'695	977'703	3,5
Finanz	50'500'693	50'693'055	192'362	0,4
Inneres	92'621'133	97'167'975	4'546'842	4,9
Volkswirtschaft	32'851'881	32'341'409	-44'472	-0,1
Gerichte				
– Richter	4'793'288	4'910'053	116'765	2,4
– Verwaltungspersonal	9'507'316	9'776'564	269'248	2,8
Total Besoldungen	340'604'690	344'787'774	4'183'084	1,2

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 4,2 Mio. Franken oder 1,2 Prozent. Die Zunahme ist auf den leicht erhöhten Personalbestand und Stufenanstiege zurückzuführen.

- Der Minderaufwand bei Lehrkräften (-1,3 Mio. Franken) sowie der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal im Departement für Bildung und Kultur (+1,2 Mio. Franken) ist insbesondere auf die neuen Führungsstrukturen an den Mittelschulen zurückzuführen. Schulleitungspersonen werden neu unter Verwaltungspersonal geführt. Weiter hat die privatisierte Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG am 1.8.12 ihren Betrieb aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt werden keine Löhne, sondern ein Betriebsbeitrag ausgerichtet, was zu einer Reduktion der Besoldungen führt (Lehrkräfte -0,9 Mio. Franken, Verwaltung -0,2 Mio. Franken).
- Hauptgründe für die Zunahme um 4,5 Mio. Franken im Departement des Innern sind höhere Personalkosten im Amt für Soziale Sicherheit (+2,3 Mio. Franken für Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde), bei der Polizei (+1,5 Mio. Franken, u.a. Übernahme Staatsgarage +0,5 Mio. Franken) und im Amt für Justizvollzug (+1,0 Mio. Franken für Endausbau Gesundheitsdienst und Aufbau neue Justizvollzugsanstalt).
- Der Mehraufwand bei den Richterlöhnen entstand durch Stufenanstiege (erstinstanzliche Richter) und die höhere Einstufung der Haftrichter/innen per 1. Januar 2013.
- Der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal der Gerichte entstand durch die Stufenanstiege sowie eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle beim Verwaltungsgericht.



3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.2012	31.12.2013	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3,8	3,9	0,1	2,6
Dienstleistungen der Staatskanzlei	26,1	25,7	-0,4	-1,5
Drucksachen / Lehrmittel	7,0	7,0	0,0	0,0
Total Behörden/ Staatskanzlei	36,9	36,6	-0,3	-0,8
Führungsunterstützung BJD ¹	14,8	10,9	-3,9	-26,4
Raumplanung	20,2	19,3	-0,9	-4,5
Hochbau	28,4	25,1	-3,3	-11,6
Strassenbau	121,9	120,3	-1,6	-1,3
Öffentlicher Verkehr	3,0	3,5	0,5	16,7
Umwelt	55,8	53,6	-2,2	-3,9
Denkmalpflege und Archäologie	13,8	14,2	0,4	2,9
Geoinformation	10,4	10,3	-0,1	-1,0
Jugendanwaltschaft	7,5	8,1	0,6	8,0
Staatsanwaltschaft	59,3	58,6	-0,7	-1,2
Total Bau- und Justizdepartement	335,1	323,9	-11,2	-3,3
Führungsunterstützung DBK	14,1	13,8	-0,3	-2,1
Volksschule	48,1	49,7	1,6	3,3
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	38,0	37,0	-1,0	-2,6
Kultur und Sport	18,5	18,9	0,4	2,2
Mittelschulbildung	289,9	292,9	3,0	1,0
Berufsschulbildung	307,9	302,5	-5,4	-1,8
Total Departement Bildung und Kultur	716,5	714,8	-1,7	-0,2
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10,2	10,1	-0,1	-1,0
Finanzen und Statistik	15,7	16,6	0,9	5,7
Personalwesen	14,5	16,9	2,4	16,6
Steuerwesen	188,2	186,8	-1,4	-0,7
Informationstechnologie	47,7	45,9	-1,8	-3,8
Amtschreiberei-Dienstleistungen	182,0	182,2	0,2	0,1
Staatsaufsichtswesen	6,6	6,5	-0,1	-1,5
Total Finanzdepartement	464,9	465,0	0,1	0,0



GB-Name	31.12.2012	31.12.2013	absolut	in %
Gesundheit	34,4	35,1	0,7	2,0
Soziale Sicherheit	70,0	86,8	16,8	24,0
Öffentliche Sicherheit	52,2	52,4	0,2	0,4
Administrative und technische Verkehrssicherheit	98,7	97,8	-0,9	-0,9
Justizvollzug	156,0	162,5	6,5	4,2
Polizei ¹	493,0	502,6	9,6	1,9
Total Departement des Innern	904,3	937,2	32,9	3,6
Führungsunterstützung VWD	9,6	8,8	-0,8	-8,3
Wirtschaft und Arbeit	133,3	139,4	6,1	4,6
Energiefachstelle	4,2	4,6	0,4	8,5
Gemeinden und Zivilstandsdienst	32,6	31,7	-0,9	-2,8
Wald, Jagd und Fischerei	14,2	14,8	0,6	4,2
Landwirtschaft	64,3	63,3	-1,0	-1,6
Militär und Bevölkerungsschutz	37,2	35,9	-1,3	-3,5
Total Volkswirtschaftsdepartement	295,4	298,5	3,1	1,0
Gerichte	113,7	110,2	-3,5	3,1
Total Gerichte	113,7	110,2	-3,5	3,1
Total Globalbudgets	2'866,8	2'886,2	19,4	0,7

1 Transfer der Staatsgarage vom Departementsekretariat BJD zur Polizei (4.0 Pensen)

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 19,4 Pensen oder 0,7 Prozent. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die vier folgenden Globalbudgets zurückzuführen:

- Per 1. Januar 2013 haben im Amt für Soziale Sicherheit die drei Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ihre Arbeit aufgenommen. Zwecks Bewältigung der Aufbauphase sind ab Sommer 2013 befristet 3 Stellen in den KESB und 2 ½ Stellen in den Fachsekretariaten aufgestockt worden.
- Im Justizvollzug ist der Personalbestand leicht gestiegen. In der Justizvollzugsanstalt war es im Hinblick auf den geschlossenen Strafvollzug notwendig, einzelne Schlüssel-funktionen frühzeitig in die Vollzugsarbeit einzubeziehen und neu anzustellen.
- Mit KRB 143/2011 wurden im Rahmen des GB-Verpflichtungskredites die finanziellen Mittel für die Korpserhöhung bei der Polizei gesprochen. Zusätzlich hat sich der Gesamtbestand durch den Übertritt von 4 Mitarbeitern der Staatsgarage zur Polizei erhöht.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit wurden die Pensen im vom Bund finanzierten Teil Arbeitslosenkasse (ALK) sowie Regionale Arbeitsvermittlungen (RAV) erhöht. Diese beiden Bereiche unterliegen nicht dem Stellenplafond. Die Anzahl der Pensen ergibt sich aufgrund der jeweiligen Vollzugskostenentschädigung. Bei der ALK ist dabei der Ansatz Franken pro Leistungspunkt massgebend und bei RAV/LAM/KAST die Anzahl der Stellensuchenden, wobei die Formel degressiv ist.



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 70,5 Mio. Franken (Vorjahr 69,5 Mio. Franken). Das entspricht wie im Vorjahr 20,4 Prozent der Bruttobesoldungen.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Franken).

Jahr	Volksschule	Mittelschule	Berufsschule	Fachhochschule	Universität	Total
2009	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
2010	179'077	50'741	49'875 ¹	30'489 ²	29'055	339'237
2011	201'942	51'615	46'408	31'581	30'056	361'602
2012	194'516	46'493	47'279	32'673	30'272	351'233
2013	198'740	48'027	42'541	35'048	29'869	354'225

¹ Inkl. Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).

² Inkl. Auflösung der Rückstellung von 4,1 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Aufwand im Schulbereich nur marginal um 3,0 Mio. Franken oder 0,9 Prozent angestiegen. Die Abweichungen in den einzelnen Sparten sind vor allem auf Folgendes zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand von 4,2 Mio. Franken oder 2 Prozent auf folgende Faktoren zurückzuführen: höhere Beiträge an Gemeinden für Lehrerbessoldungen und regionale Kleinklassen (1,3 Mio. Franken), höhere Aufwendungen Sonderpädagogik aufgrund von gestiegenem Bedarf (1,9 Mio. Franken), Projekt Leistungschecks gemäss KRB SGB 110/2010 vom 2. November 2010 (0,3 Mio. Franken), Anstieg Globalbudget Volksschule (0,7 Mio. Franken hauptsächlich für Lehrerweiterbildung und Besoldungen aufgrund der Neuausrichtung des Amtes).
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Anstieg um 1,5 Mio. Franken vorwiegend die Folge des tieferen Ertrages. Im 2012 wurden aufgrund der Umsetzung des Rechnungslegungsmodells HRM2 einmalig Beiträge der Gemeinden an die Sek P für 12 Monate des Schuljahres 2011/2012 sowie für 5 Monate des Schuljahres 2012/2013 verbucht.



- Im Bereich der Berufsschulen beruht der Rückgang um 4,7 Mio. Franken hauptsächlich auf folgenden Faktoren:

Umsetzung der Massnahme DBK_1 aus dem Massnahmenplan 2013. Der Verteilschlüssel in der Verordnung über die Berufsbildung wurde geändert und den Schulen wurden 2,2 Mio. Franken höhere Pauschalsubventionen des Bundes gutgeschrieben.

Die Aufhebung des «Regionalen Schulabkommens über die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe» und die Verschiebung derer Bildungsgänge in die Interkantonale Fachschulvereinbarung führte zur Änderung im Abrechnungsmodus. Die bisher vergangenheitsbezogene Fakturierung wurde auf gegenwartsbezogene Fakturierung umgestellt und entspricht somit auch den Vorgaben von HRM2. Der einmalige Mehrertrag beträgt 1,4 Mio. Franken.

Die Neubewertung der Rückstellung Deckungslücke Pensionskasse, welche aufgrund der Übertragung der Höheren Fachschule für Technik in die neue Trägerschaft Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG gebildet wurde, führte zu einer ausserordentlichen Aufwandminderung von 1,0 Mio. Franken.

- Der Anstieg von 2,4 Mio. Franken bei der Fachhochschule entspricht dem vierkantonalen Leistungsauftrag, der vom Kantonsrat mit SGB 090a/2011 am 7. Dezember 2011 beschlossen worden ist.
- Bei den Universitäten ist der Minderaufwand von 0,4 Mio. Franken auf weniger Studierende in den kostenintensiven Fakultätsgruppen mit den Studienrichtungen Naturwissenschaften und Medizin zurückzuführen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012	2013
Fremdkapital *					
inkl. Spezialfinanzierungen FK	1'021,9	924,7	815,5	1'537,5	1'768,5
Spezialfinanzierungen (netto)	55,0	34,3	17,7	-	-
Total fremde Mittel	1'076,9	959,0	833,2	1'537,5	1'768,5
./. Finanzvermögen	1'062,3	1'001,7	857,0	1'081,3	1'151,1
Nettoverschuldung	14,6	-42,7	-23,8	456,2	617,4

* ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2013 total 81,7 Mio. Franken)

Der Finanzierungsfehlbetrag von 161 Mio. Franken führte zu einer entsprechenden Zunahme der Nettoverschuldung im Jahr 2013.



3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2009 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012	2013
Passivzinsen	27,2	22,6	15,9	15,1	13,8
Vermögenserträge*	31,7	30,2	27,3	13,2	12,0
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	-4,5	-7,6	-11,4	1,9	1,8
Total Staatssteuern	797,0	794,7	772,6	750,2	758,6
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	-0,6	-1,0	-1,5	0,3	0,2

* Exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2013 wird ein Nettozinsaufwand von 1,8 Mio. Franken ausgewiesen (2012: Nettozinsaufwand 1,9 Mio. Franken). Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 0,2 Prozent, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 20 Rappen für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2013, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2013 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken	2012	2013
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'281,3	1'339,6
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	119,9	111,8
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'401,2	1'451,4
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	61,7	69,4
Restbuchwert per 31. Dezember	1'339,5	1'382,0



Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 Prozent bzw. 100 Prozent bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. In der Staatsrechnung 2013 wurden auf dem Verwaltungsvermögen Abschreibungen von insgesamt 69,4 Mio. Franken vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ordentlich)	50,2
Abschreibungen Spezialfinanzierungen	19,2
Total Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	69,4

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'451,4
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	69,4
Gesamtabschreibungssatz in % = $(69,4 \text{ Mio. Franken} \times 100) / 1'451,4 \text{ Mio. Franken}$	4,8%

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 21,6 Mio. Franken (Vorjahr: 20,8 Mio. Franken). Daran partizipieren, nebst Strafverfolgung und Justizadministration (2,8 Mio. Franken) sowie den Gerichten (1,3 Mio. Franken), vor allem das Steueramt mit den folgend aufgeführten Verlusten von insgesamt 18,5 Mio. Franken:

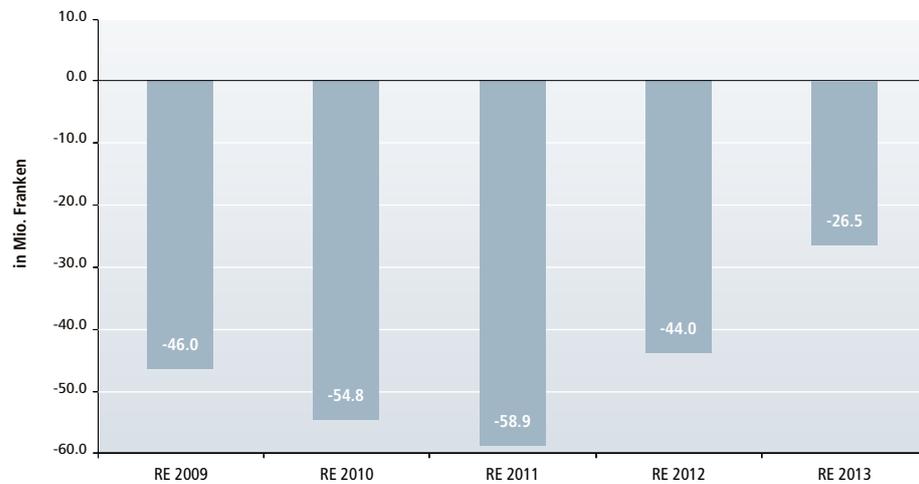
	Mio. Franken
Erlassene Staatssteuern Natürlichen Personen	0,8
Uneinbringliche Staatssteuern Natürlichen Personen	16,4
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristischen Personen	0,6
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,7
Total	18,5

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 2,4 Prozent des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit leicht über dem Vorjahr (2012: 2,2 Prozent).



3.5 Strassenbaufonds in Mio. Franken

-Verlustvortrag bzw. +Eigenkapital in Mio. Franken

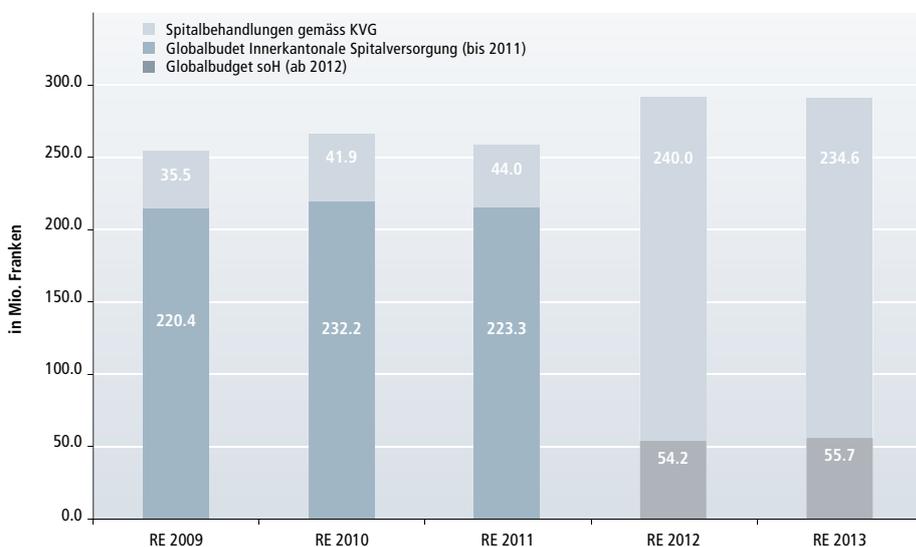


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» gedeckt. Infolge der rückläufigen Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Baufortschritt im Projekt «Entlastung Region Olten» (Nettoinvestitionen 2013 von 3,1 Mio. Franken gegenüber 9,4 Mio. Franken im 2012) sowie kleineren Verzögerungen bei einigen Kleinprojekten nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2013 um 17,5 Mio. Franken ab. Die Fondsverschuldung sinkt per Ende Jahr von 44,0 Mio. Franken auf 26,5 Mio. Franken. Ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist der Strassenbaufonds per 31. Dezember 2013 ein Eigenkapital von 51,1 Mio. Franken aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten immer noch 77,6 Mio. Franken.



3.6 Gesundheitskosten

Spitalversorgung in Mio. Franken



Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (Kantonsanteil 2013: 51 Prozent). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und ist zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt.

Die Kosten der «Spitalbehandlungen gemäss KVG» für den Kanton Solothurn betragen 2013 mit 234,6 Mio. Franken 2,2 Prozent oder 5,4 Mio. Franken weniger als 2012. Das Globalbudget soH umfasst besondere Leistungsaufträge an die soH sowie gemeinwirtschaftlichen Leistungen (55,7 Mio. Franken).

In der Rechnung 2013 der soH wurde ausserhalb des Globalbudgets die Finanzgrösse «Rückstellungen aufgrund Teilliquidation der Pensionskasse wegen der Schliessung der Klinik Allerheiligenberg» (-1,8 Mio. Franken) aufgelöst.



3.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2013 440,8 Mio. Franken (davon entfallen 13,5 Mio. Franken auf das Globalbudget Soziale Sicherheit). Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 218,2 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 222,6 Mio. Franken ergibt.

■ Sozialintegration und Prävention

Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention beträgt 0,6 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 0,6 Mio. Franken; Rechnung 2012: 0,6 Mio. Franken).

■ Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen

Der Nettoaufwand für Sozialleistungen und Existenzsicherung beträgt 158,3 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 163,7 Mio. Franken; Rechnung 2012: 157,3 Mio. Franken). Die grössten Positionen sind die Individuelle Prämienverbilligung nach KVG und die Ergänzungsleistungen AHV und IV.

Die sozialen Institutionen und Organisationen belasteten den Kanton netto mit 28,3 Mio. Franken für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten (Voranschlag 2013: 26,0 Mio. Franken; Rechnung 2012: 26,9 Mio. Franken). Der Pflegekostenbeitrag beläuft sich auf 20,9 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 22,0 Mio. Franken; Rechnung 2012: 21,0 Mio. Franken). Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen Familien betragen 4,5 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 3,8 Mio. Franken; Rechnung 2012: 3,8 Mio. Franken) Die Verwaltungskosten betragen 0,5 Mio. Franken.

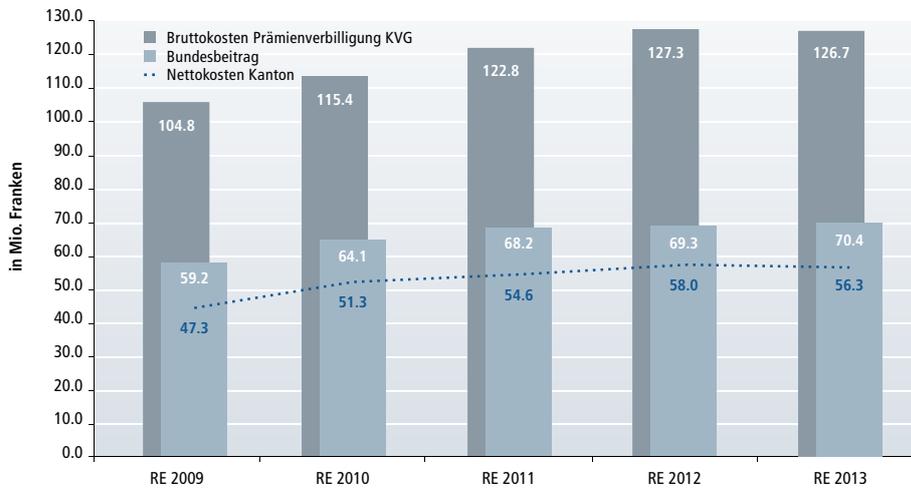
Die Rechnung der Opferhilfe schliesst mit 1,1 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 1,8 Mio. Franken; Rechnung 2012: 1,3 Mio. Franken).

■ Soziale Notlagen und Sanktionen

Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen (0,03 Mio. Franken) sowie die Asylrechnung ausgewiesen. In der Asylrechnung steht dem Aufwand (inkl. Verrechnungen und Rückstellungen) von 34,4 Mio. Franken ein Ertrag von 34,4 Mio. Franken gegenüber.



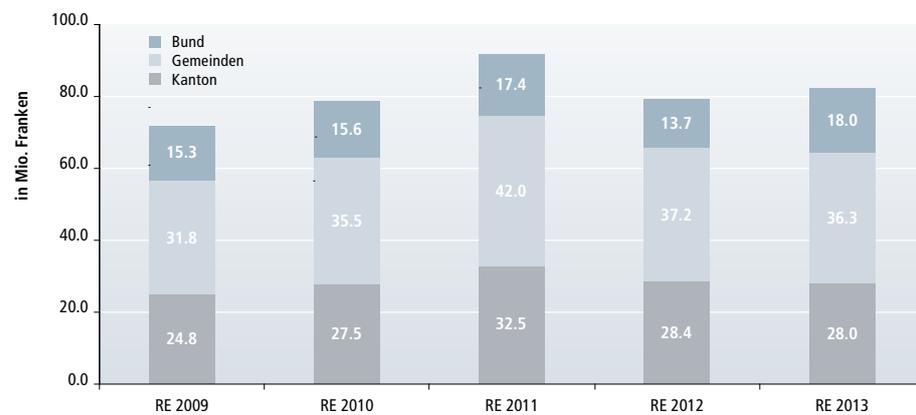
Prämienverbilligung nach KVG in Mio. Franken



Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden 126,7 Mio. Franken (Vorjahr: 127,3 Mio. Franken) aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 70,4 Mio. Franken (Vorjahr: 69,3 Mio. Franken), aus dem Ausgleichskonto IPV (Individuelle Prämienverbilligung) wurden 0,03 Mio. Franken entnommen. Für den Kanton resultiert eine Nettobelastung von 56,3 Mio. Franken (Vorjahr: 58,0 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten IPV betragen 2,2 Mio. Franken.



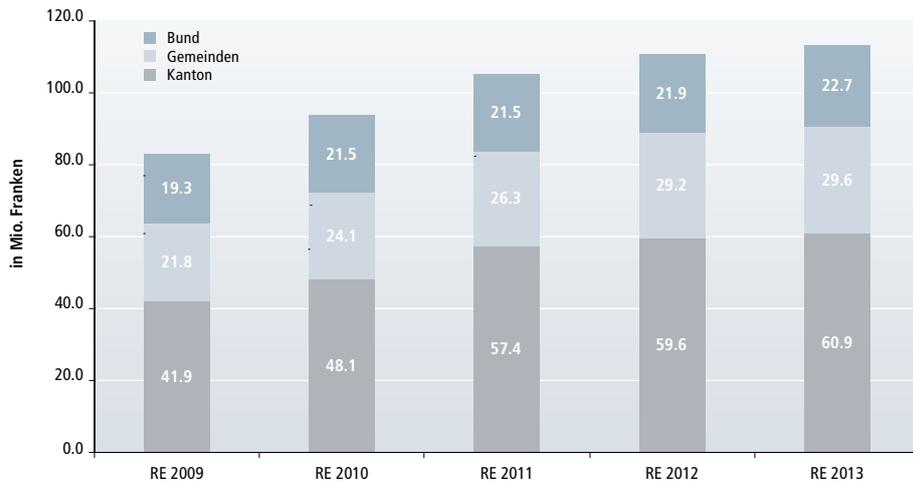
Ergänzungsleistungen AHV in Mio. Franken



Für den Kanton bleibt im Bereich der Ergänzungsleistungen zur AHV bei einem Aufwand von 82,3 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund (18 Mio. Franken) und von Einwohnergemeinden (36,3 Mio. Franken) ein Saldo von 28,0 Mio. Franken zu tragen (Voranschlag 2013: 33,6 Mio. Franken; Rechnung 2012: 28,4 Mio. Franken). Die Einführung der Pflegefinanzierung hat sich kostendämpfend ausgewirkt. Die Verwaltungskosten für die EL AHV belaufen sich netto auf 1,2 Mio. Franken.



Ergänzungsleistungen IV in Mio. Franken

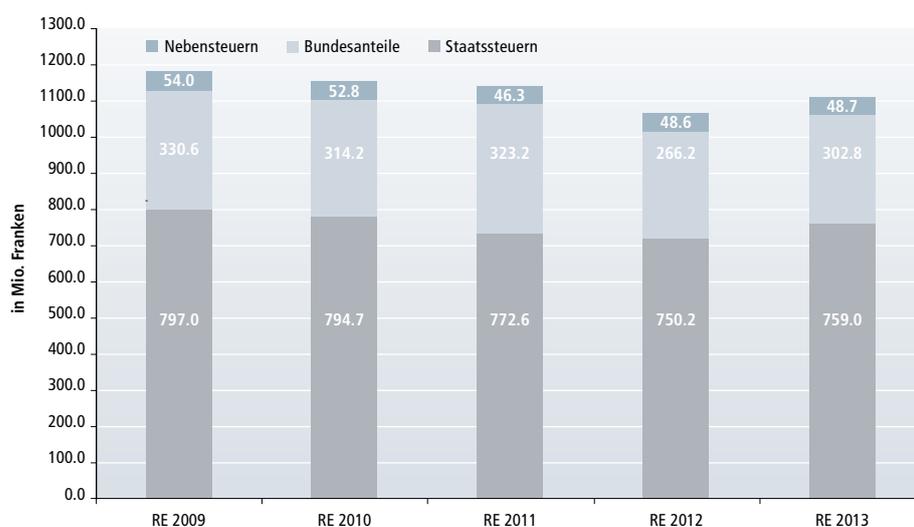


Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV bei einem Aufwand von 113,1 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund (22,7 Mio. Franken) und von Einwohnergemeinden (29,6 Mio. Franken) Kosten von 60,9 Mio. Franken (Voranschlag 2013: 62,3 Mio. Franken; Rechnung 2012: 59,6 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten belaufen sich netto auf 0,8 Mio. Franken.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Franken



Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 45,5 Mio. Franken bzw. 4,3 Prozent und gegenüber dem Budget um 20,6 Mio. Franken bzw. 1,9 Prozent zugenommen. Die Erhöhung gegenüber der Rechnung 2012 ist insbesondere auf die Zunahme des NFA-Ressourcenausgleichs (+31,5 Mio. Franken) zurückzuführen. Gegenüber dem Voranschlag 2013 fallen insbesondere die höheren Steuererträge bei den natürlichen Personen (+23,3 Mio. Franken) ins Gewicht.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 302,8 Mio. Franken vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 307,4 Mio. Franken per Saldo um 4,6 Mio. Franken unterschritten. Der Minderertrag bei der Direkten Bundessteuer (-6,3 Mio. Franken) konnte durch den Mehrertrag bei der Verrechnungssteuer (+2,1 Mio. Franken) nur teilweise kompensiert werden.

Die Zunahme der Bundesanteile um 36,6 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die höhere NFA-Ressourcenausgleichszahlung (+31,5 Mio. Franken) sowie auf den Mehrertrag bei der Verrechnungssteuer (+3,4 Mio. Franken) zurückzuführen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012	2013
– Ertrag Nationalbank	54,5	54,2	53,9	21,4	21,6
– Direkte Bundessteuer	53,9	57,4	59,8	54,1	55,7
– Verrechnungssteuer	14,1	15,1	15,6	13,8	17,2
– NFA-Ressourcenausgleich	211,6	190,9	197,4	180,3	211,8
– NFA-Härteausgleich	-4,1	-4,1	-4,1	-4,1	-4,0
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,6	0,4	0,4	0,4	0,5
– Rückerstattung CO ₂ -Abgabe ¹	-	0,4	0,2	0,2	0,1
Total	330,6	314,2	323,2	266,2	302,8

¹ Erstmalsige Rückerstattung der CO₂-Abgabe im 2010

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	VA 13	RE 13	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	598,7	622,0	+23,3	3,9
– Staatssteuer jur. Personen ¹	120,0	117,7	-2,3	-1,9
– Finanzausgleichssteuer	11,0	11,4	+0,4	+3,6
– Bussen (Strafsteuer)	1,0	0,7	-0,3	-30,0
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,5	7,2	+0,7	+10,8
Total	737,2	759,0	+21,8	+3,0

¹ Inkl. Erträge aus Vorjahren

² Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden).

Der in die Staatsrechnung 2013 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt leicht über dem Voranschlag 2013 (+21,8 Mio. Franken oder +3,0 Prozent). Insbesondere bei den natürlichen Personen wurden die vorsichtig budgetierten Werte übertroffen.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2009 – 2013:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	2009	2010	2011	2012	2013
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	615,7	624,2	634,3	613,0	622,0
– Staatssteuer jur. Personen ¹	161,0	149,1	115,6	116,7	117,7
– Finanzausgleichssteuer	14,2	14,3	11,9	11,3	11,4
– Bussen (Strafsteuer)	0,2	0,7	1,3	0,3	0,7
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	5,9	6,4	9,5	8,9	7,2
Total	797,0	794,7	772,6	750,2	759,0

¹ Inkl. Erträge aus Vorjahren

² Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme um 8,8 Mio. Franken oder 1,2 Prozent festzustellen. Sowohl die Steuererträge der natürlichen wie auch der juristischen Personen konnten bei unveränderten Steuerfüssen gegenüber dem Vorjahr zulegen, wenn auch nur in bescheidenem Ausmasse.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2013 rund 268,9 Mio. Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 33,5 Mio. Franken aus den Jahren 1996–2011, 92,4 Mio. Franken aus dem Jahr 2012 sowie 143,0 Mio. Franken aus dem Jahr 2013. Der Gesamtausstand per 31. Dezember 2013 liegt somit rund 5,0 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert, womit die Tendenz aus den Vorjahren, wonach der Gesamtausstand im Mehrjahresvergleich steigend ist, gebrochen werden konnte.

Steuerausstand	1.1.2009	233'140'638 Fr.
Steuerausstand	1.1.2010	256'716'030 Fr.
Steuerausstand	1.1.2011	286'867'453 Fr.
Steuerausstand	1.1.2012	263'973'193 Fr.
Steuerausstand	1.1.2013	273'957'999 Fr.
Steuerausstand	31.12.2013	268'909'664 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2013		-5'048'335 Fr.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2013 liegt um 3,4 Mio. Franken über dem Budget. Auffallend sind die Schenkungssteuern, welche um 1,1 Mio. Franken höher abschliessen als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 13	RE 13	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	25,5	26,4	+0,9	+3,5
– Erbschaftssteuer	14,0	14,7	+0,7	+5,0
– Nachlasssteuer	5,0	5,7	+0,7	+14,0
– Schenkungssteuer	0,8	1,9	+1,1	+137,5
Total	45,3	48,7	+3,4	+7,3

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2009 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Franken	2009	2010	2011	2012	2013
– Handänderungssteuer	35,1	32,0	25,9	30,1	26,4
– Erbschaftssteuer	13,7	14,0	13,4	12,7	14,7
– Nachlasssteuer	4,6	5,0	6,3	5,0	5,7
– Schenkungssteuer	0,6	1,8	0,7	0,8	1,9
Total	54,0	52,8	46,3	48,6	48,7

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 48,7 Mio. Franken auf Vorjahresniveau.

Die Handänderungssteuern fielen 3,7 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr und werden sich in dieser Grössenordnung einpendeln. Die Begründung für die Mehreinnahmen im Jahr 2012 dürfte in der ausstehenden Abstimmung über die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer zu finden sein.





Bericht der
Revisionsstelle **IV**

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle

**an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2013**

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2013

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2013, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2013 27 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Entnahme des Aufwandüberschusses aus dem Eigenkapital den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Solothurn, 12. März 2014

Kantonale Finanzkontrolle

G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin

B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch

afin@fd.so.ch



Foto: Tom Kummer, Solothurn